EUROPE DIRECT INFORMATIONSNETZWERK

Wie bürgernah ist die EU? Der Stellenwert der Bürger in den politischen und administrativen Prozessen der EU

Dr. Günter W. Dill

Zagreb, 04. Dezember 2007

„Ein schiefes Europabild hängt in Millionen europäischer Wohnungen“ (J.Cl. Juncker 2005)

- ✓ „ Europa ist gut, wenn wir uns durchsetzen, Europa ist schlecht, wenn wir uns nicht durchsetzen können...“
- ✓ Europa als Konfrontationsmechanismus
- ✓ Europa als Geldvernichtungsmaschine
- ✓ Europa als bürgerferne Mega-Bürokratie
- ✓ Europa als Super-Regulierer möglichst vieler Lebensbereiche
- ✓ usw.

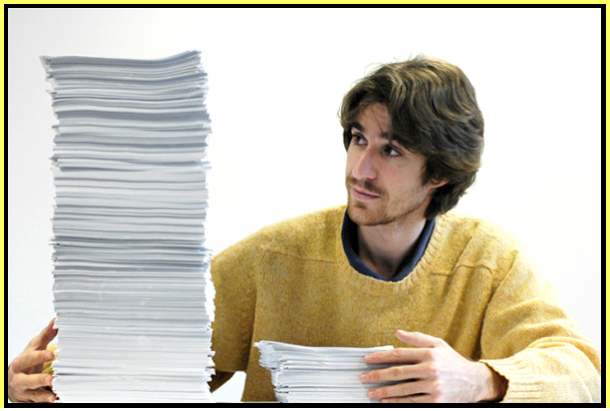
Bürgernähe in der EU
Konkretisierungen

1979: erste Direktwahl des Europäischen Parlaments

1996: Einführung der Unionsbürgerschaft (als Ergänzung der nationalen Staatsbürgerschaften) und

1995: erstmals Berufung des Europäischen Bürgerbeauftragten (Ombudsman) als direktem Ansprechpartner der Bürger

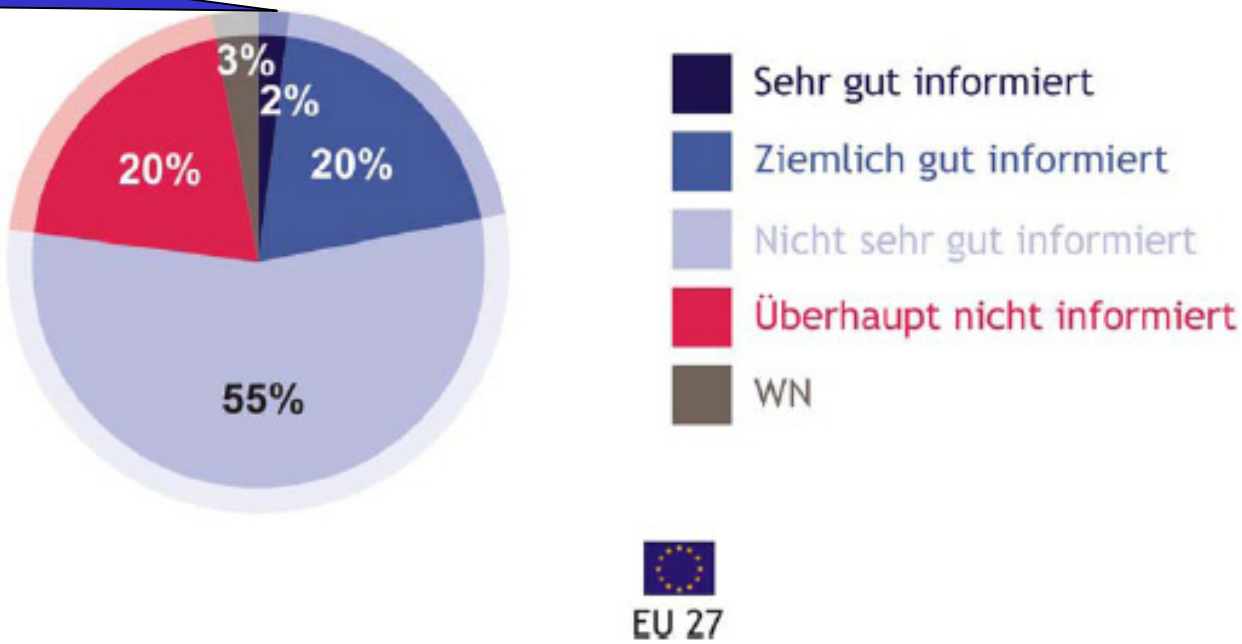
2000: Formulierung der Europäischen Grundrechte-Charta.



Eurobarometer 67 – 2007: Informiertheit über Europa

Nur 22 % der Europäer sind gut/ziemlich gut informiert!!!!!!!

Frage: QA22a Denken Sie, dass die Menschen in (UNSEREM LAND) im Allgemeinen über europäische Politik gut informiert sind oder nicht?



Eurobarometer: Mit dem Aufbau Europas verbundene Ängste (2004-205)

„Wenn es um den Bau Europas, der EU geht, haben mache Menschen vielleicht Ängste. Habe derzeit Angst davor..." (in % EU)

Dinge, die Angst machen	Herbst 2005	Frühjahr 2005	Herbst 2004
Die Verlagerung von Arbeitsplätzen in andere Mitgliedsstaaten, die niedrigere Produktionskosten haben	73	73	74
Ein Anstieg des Drogenhandels und des international organisierten Verbrechens	65	60	65
Unser Land zahlt immer mehr an die Europäische Union	65	62	64
Die Schwierigkeiten für (NATIONALITÄT) Landwirte	65	62	65
Das Ende der (NATIONALE WÄHRUNG) (Falls nicht in der Eurozone)	54	-	-
Der Wegfall von Sozialleistungen	53	50	52
Eine Wirtschaftskrise	52	48	52
Ein Machtverlust der kleinen Mitgliedsländer	43	43	46
Der Verlust unserer nationalen Identität	41	37	42
Unsere Sprache wird immer weniger verwendet	38	36	40

Quelle: EB 63, S. 130; EB 64, S. 121.

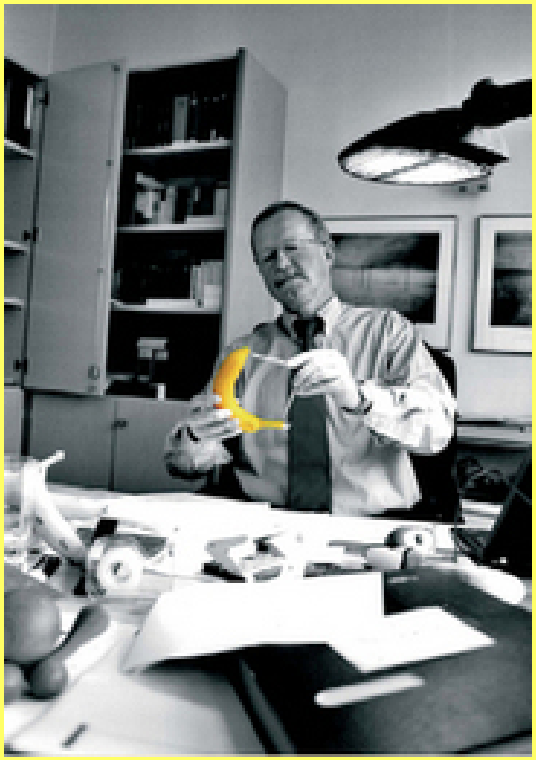
!!!

„Regelungswut“ der EU

Die EU im Verordnungswahn??

Für die Krümmung der Banane zuständig.....??

Von Halbwahrheiten und grandiosen Irrtümern!!!



Zum Thema „Regelungswut“: Wein oder nicht Wein – das ist hier die Frage!

Apfelwein

Zum Thema „Regelungswut“: Die sog. „Sonnenscheinrichtlinie“

„Geht es nach Rat und Kommission, müssen Baufirmen in Zukunft ihren Arbeitern, die im Freien tätig sind, **Bescheinigungen der UV-Unbedenklichkeit ausstellen und zeitraubende Aktionsprogramme gegen Sonnenbrand umsetzen**. Bademeister müssen sich im Freibad fast vermummen. Das Bedienungspersonal in Gartenwirtschaften muss nicht nur Tabletts tragen, sondern offenbar auch Sonnenschirme. Was hier auf 42 Seiten gefordert wird, belastet die Unternehmen, gefährdet die Arbeitsplätze und sorgt in der Öffentlichkeit für blankes Entsetzen - völlig zu Recht!.....

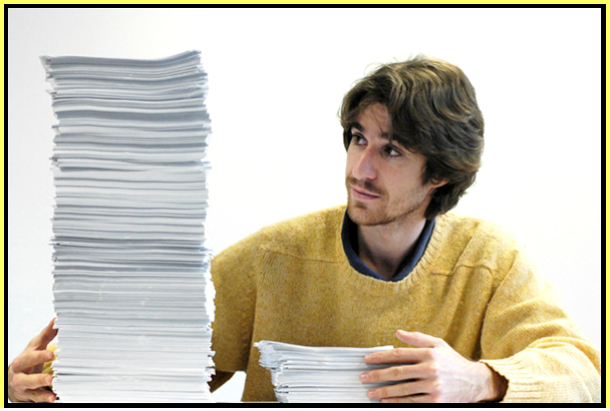
Schützen wir die Sonne - vor der Regelungswut der EU“

(Thomas Mann MdEP im EP im September 2005)

Wirtschaftsrat der CDU e.V. gegen die übermäßige Regelungswut der EU(2005)

„Nur mit deutlich weniger und besserer Regulierung kann die europäische Wirtschaft ihre Wettbewerbsfähigkeit sichern und für Wachstum und Arbeitsplätze sorgen.

Das Ende der übermäßigen Regelungswut ist auch notwendig, damit die Entfremdung der Bürger von den EU-Institutionen überwunden werden kann“.



Was bringt die EU den Bürgern??

Grundlage und Rahmen der europäischen Einigung

Ziele des EWG-Vertrages

- **Zollunion**
  Abschaffung der Zölle untereinander
  Schaffung eines gemeinsamen Außenzolls
- **Gemeinsamer Markt**
  mit freiem Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital
- **Koordination der Wirtschaftspolitiken**
  (besonders Agrar-Handels- und Verkehrspolitik)

Was bringt eine EU-Verfassung den Bürgern? (1)

<u>Achtung bestimmter Werte und eines bestimmten Gesellschaftsmodells</u>

- Achtung der Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenwürde und der Menschenrechte.
- Auf Pluralismus, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und Nichtdiskriminierung beruhende Gesellschaft.

Was bringt eine EU-Verfassung den Buergern? (2)

Grundfreiheiten

- Freier Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr.
- Keine Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit.

EU: Achtung der Menschenrechte und Stärkung der Demokratie

- **Stärkung der Demokratie, gute Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit (Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft zur Förderung der politischen Vielfalt; freie Medien, funktionierendes Rechtssystem);**
- **Abschaffung der Todesstrafe;**
- **Bekämpfung der Folter durch Prävention (z. B. Schulungsmaßnahmen für die Polizei) und strafrechtliche Maßnahmen (z. B. Einrichtung internationaler Strafgerichtshöfe und Strafgerichte);**
- **Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung von Minderheiten durch Gewährleistung der Achtung ihrer politischen und bürgerlichen Rechte.**

EU: ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts

- **Die Freizügigkeit in der gesamten Union, kann leicht für selbstverständlich gehalten werden. Um von ihr vollen Gebrauch machen zu können, müssen die Menschen jedoch in Sicherheit leben und arbeiten können. Sie müssen gegen grenzüberschreitende Verbrechen geschützt sein und gleichen Zugang zum Recht haben, und ihre Grundrechte müssen in der gesamten EU gewahrt sein.**

Was bringt eine EU-Verfassung den Buergern? (3)

Die Unionsbürgerschaft

- ✓ Unionsbürger ist, wer die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedsstaats besitzt.
- ✓ Die Unionsbürgerschaft tritt zur nationalen Staatsbürgerschaft hinzu.
- ✓ Damit verbunden: das Recht, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedsstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten,
- ✓ das aktive und passive Wahlrecht bei den Wahlen zum Europäischen Parlament und bei den Kommunalwahlen
- ✓ das Recht auf Schutz der diplomatischen und konsularis Stellen in Drittländern,
- ✓ das Recht, Petitionen an das Europäische Parlament zu richten und sich an den Europäischen Bürgerbeauftragten zu wenden.

Was bringt eine EU-Verfassung den Buergern? (4)

Charta der Grundrechte

- Enthält: Achtung der **Würde des Menschen**, Recht auf Leben, Verbot der Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung,
- **Recht auf Freiheit und Sicherheit**, Achtung des Privat- und Familienlebens, **Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit**, Freiheit der Meinungsäußerung und Informationsfreiheit,
- Recht auf **Bildung**, unternehmerische Freiheit, **Eigentumsrecht**, Gleichheit vor dem Gesetz,
- Vielfalt der Kulturen, Religionen und Sprachen, **Gleichheit** von Männern und Frauen,
- **Integration von Menschen mit Behinderung**, Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf und ein unparteiisches Gericht, Unschuldsvermutung und Verteidigungsrechte usw.

Landwirtschaft: Herausforderungen durch EU

- Es bedarf erheblicher Anstrengungen, um alle Arten von landwirtschaftlichen Betrieben in Bezug auf
  Qualität,
  Lebensmittelsicherheit,
  Umweltnormen und
  umwelterhaltende Leistungen
  dem EU-Niveau anzupassen. Die EU-Programme für die Entwicklung des ländlichen Raums werden hier eine wichtige Rolle spielen.

Europäische Arbeitnehmerrechte…

- **Jugendliche** dürfen erst arbeiten, wenn sie 15 Jahre alt sind. Bis zur Vollendung des 18. Lebensjahrs keine Überstunden.
- Erwachsenen Arbeitnehmern muss eine **Ruhepause** von elf Stunden zwischen zwei Arbeitstagen gewährt werden (für bestimmte Berufsgruppen gelten Ausnahmen).
- Arbeitnehmer haben **Anspruch auf Abschluss eines Vertrags**, in dem Arbeitsentgelt, Urlaubsansprüche und Kündigungsfrist festgelegt sind.
- Es sind besondere **Maßnahmen zum Schutz von Sicherheit und Gesundheit von Schwangeren, Wöchnerinnen und stillenden Müttern** zu treffen. Frauen darf nicht allein deswegen gekündigt werden, weil sie ein Kind haben, schwanger sind oder in Mutterschaftsurlaub gehen.

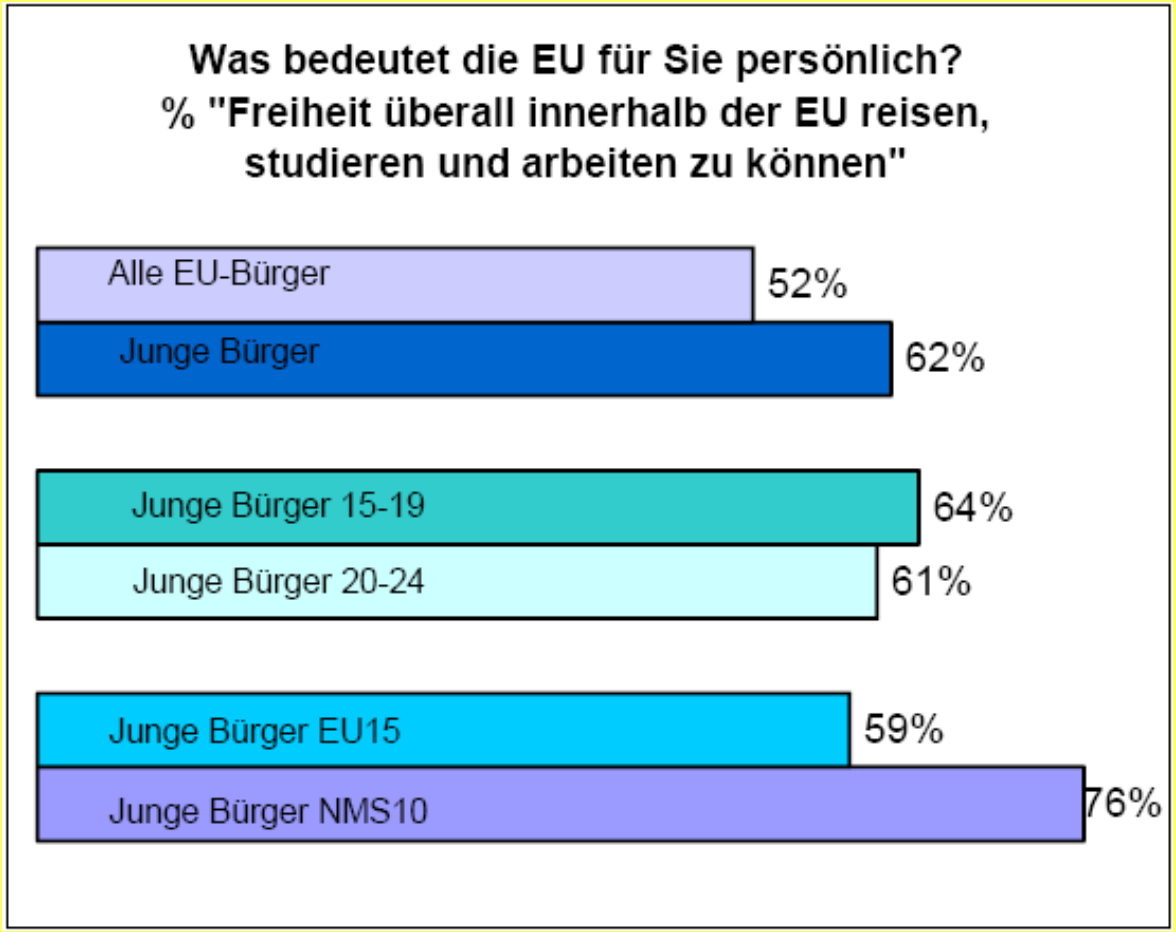
EU: Förderung von Bildung und Ausbildung als vorrangiges Ziel

- **Die allgemeine und beruflichen Bildung und das lebenslange Lernen sind von entscheidender Bedeutung für eine vitale Wirtschaft.**
- **Für 2010 hat sich die EU folgende Ziele gesteckt:**
- Mindestens 85 % der 22-Jährigen sollen die Sekundarstufe II abgeschlossen haben;
- nicht mehr als 10 % der 18-24-Jährigen sollen die Schule ohne Abschluss der Sekundarstufe II, Berufsausbildung oder einen sonstigen Bildungsabschluss verlassen haben;
- die Gesamtzahl der Absolventen in den Fächern Mathematik, Naturwissenschaft und Technologie soll um 15 % zugenommen haben und das ungleiche Geschlechterverhältnis soll zurückgegangen sein;
- der Anteil der 15-Jährigen mit Leseschwächen soll sich um mindestens 20 % im Vergleich zum Jahr 2000 verringert haben;
- die durchschnittliche Beteiligung der Altersgruppe 25-64 Jahre am lebenslangen Lernen soll mindestens 12,5 % betragen.

EU-weites Ziel: Soziale Eingliederung und sozialer Schutz

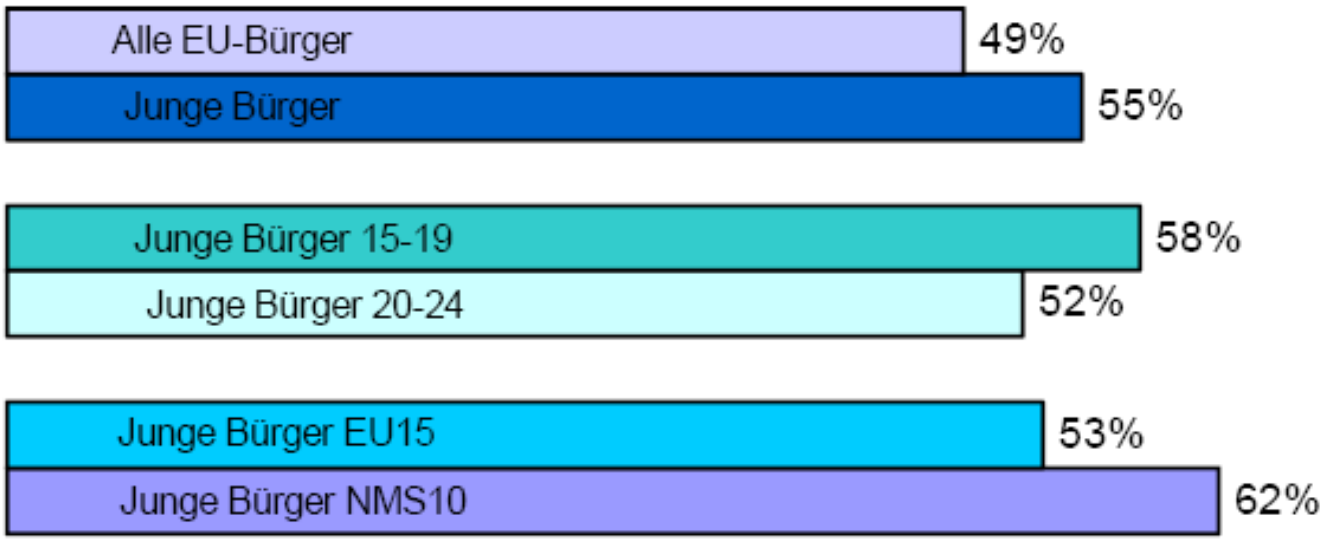
- **Modernisierung der sozialen Sicherungssysteme, um…**
- ein soziales **Sicherheitsnetz für alle** zu schaffen, gleichzeitig aber, wo immer möglich, dafür zu sorgen, dass Arbeit sich lohnt;
- **Renten und eine hochwertige Gesundheitsversorgung** langfristig finanzierbar zu machen;
- die **soziale Eingliederung** zu fördern und die Armut zu bekämpfen.

Eurobarometer 2005: Jugend und Europa

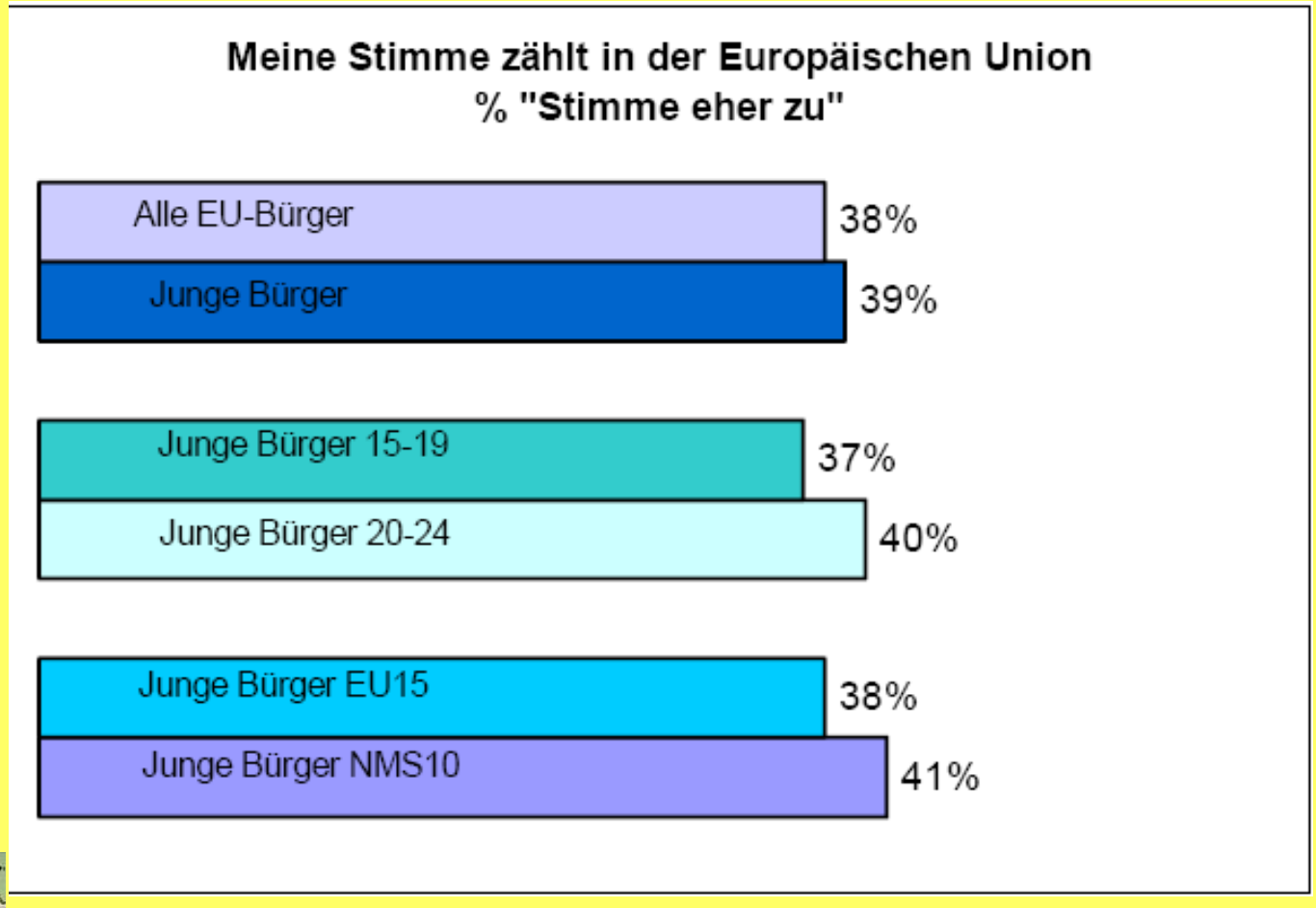


youth takes the floor
EUROPEAN YOUTH WEEK 2005

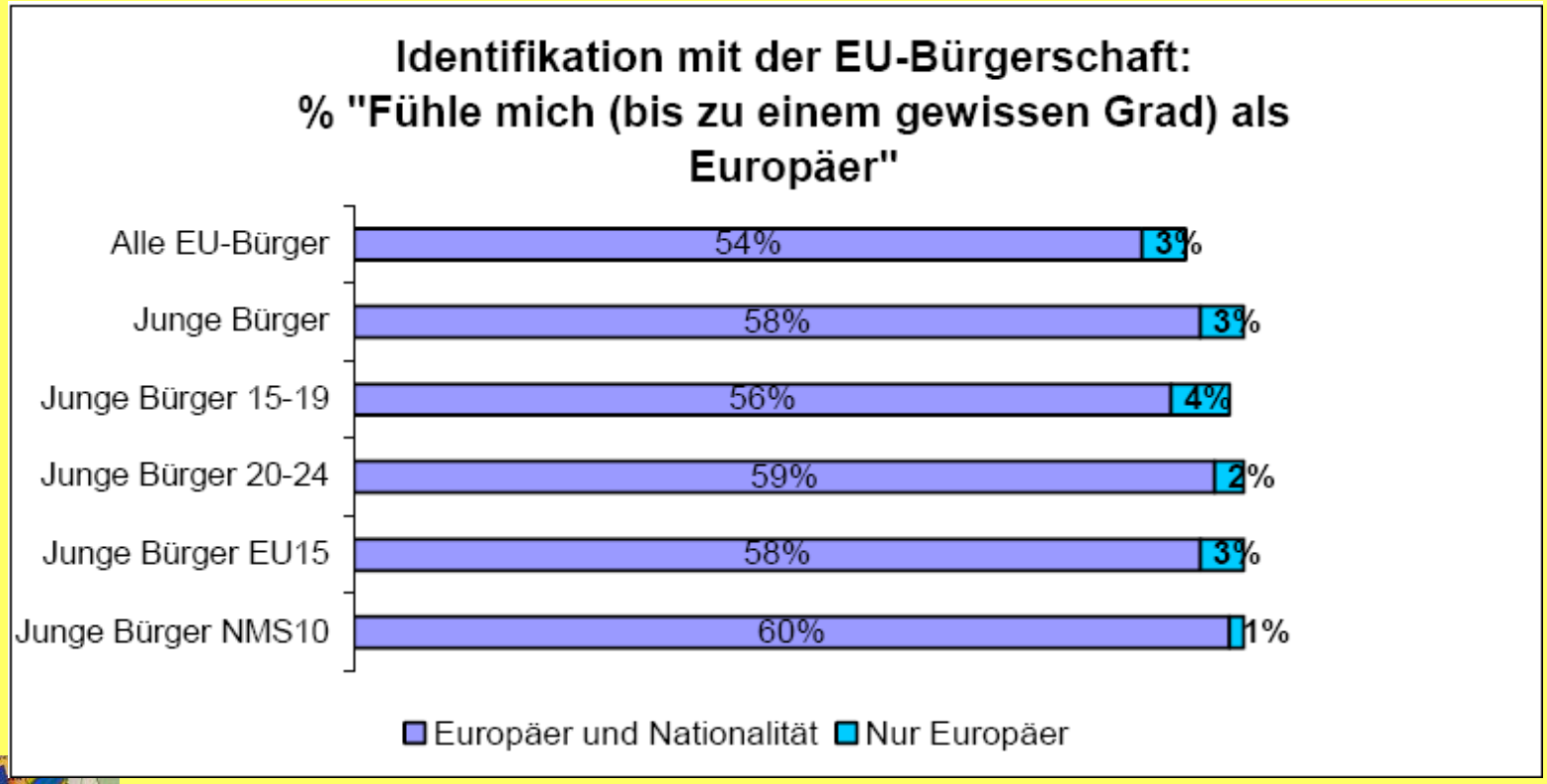
Und wie ist es mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der Europäischen Union funktioniert?
% "zufrieden"



Eurobarometer 2005: Jugend und Europa

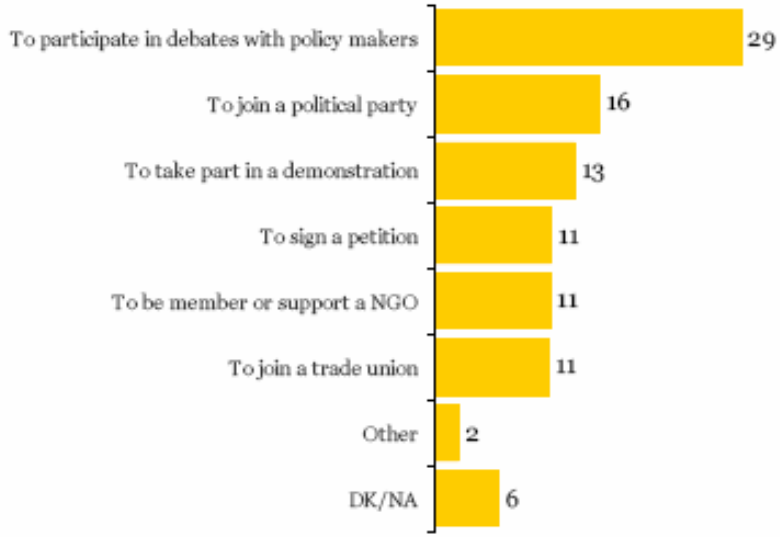


Eurobarometer 2005: Jugend und Europa

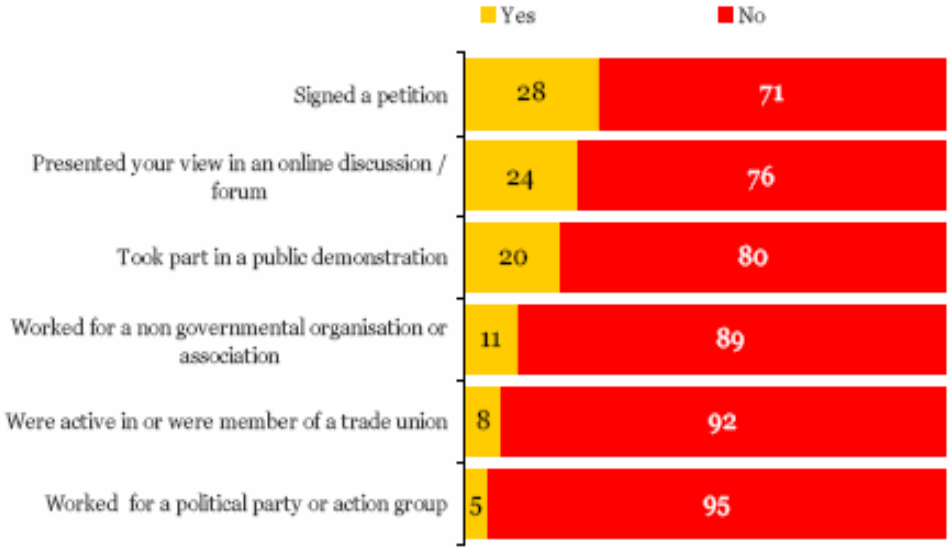


Eurobarometer Flash 2007: Jugend und Europa

Political actions to ensure that your voice is heard by the policy makers



Being involved in political life...



Theoretisch denkbar

Tatsächlich

Neue Wege zu einer besseren Kommunikation und zu mehr Bürgerbeteiligung

Die EU im Kommunikationsdilemma

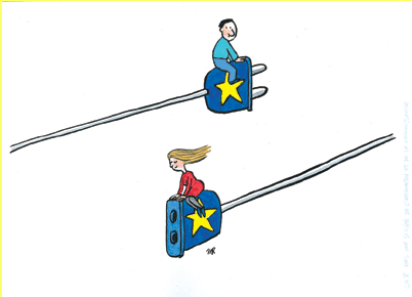
Ein neues Kommunikationskonzept der EU-Kommission

Das neue Kommunikationskonzept ist an **drei Grundsätzen** ausgerichtet:

1) ***Zuhören***: Die EU-Bürger nicht nur informieren, sondern ihnen auch zuhören und ihrer Meinung Rechnung tragen.

2) ***Kommunizieren***, wie sich die politischen Maßnahmen der EU im Alltag der Bürger auswirken und mit welchen Vorteilen sie verbunden sind.

3) ***Herstellen von Kontakten auf lokaler Ebene***, indem die Inhalte auf die Zielgruppen der Mitgliedstaaten zugeschnitten und über die Kanäle verbreitet werden, die sie bevorzugen und in der Sprache, die sie verstehen.



„Plan D" für Demokratie, Dialog und Diskussion - so soll die EU bürgernah werden.

"Es geht um Dialog und aufmerksames Zuhören",

sagt die Vize-Präsidentin der Kommission,*Margot Wallström* über die von ihr angestoßene Initiative.

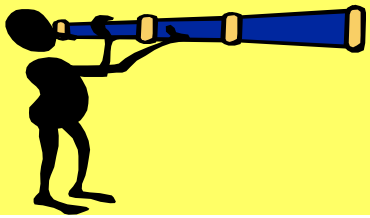
"Europa muss sich erneuern, damit es selbst Teil der Lösung des Problems wird.

<u>Ziel von Plan D</u> ist es,

- ✓**die Union demokratischer zu machen,**
- ✓**eine europäische Öffentlichkeit zu schaffen und**
- ✓**einen neuen Konsens über die künftige Marschroute der Union herbeizuführen.“**

EU-Förderprogramm für Bürgerinnen und Bürger, 2007 - 2013

- Das Programm Europa für Bürgerinnen und Bürger wurde insbesondere zur Verwirklichung der folgenden Ziele geschaffen:
- das Wissen über die EU und ihre Werte und Ideen noch stärker zu verbreiten,
- die aktive Teilnahme der Menschen am europäischen Integrationsprozess zu fördern und
- eine gemeinsame europäische Identität herzustellen.
- Denkbare Maßnahmen auf lokaler Ebene: Begegnungsprogramme, Städtepartnerschaften, politische Bildungsmaßnahmen usw.



Trends:

Auf dem Weg zu einer „guten Europäischen Verwaltung“: Der 1.Schritt: Mehr Transparenz

Dazu der Europäische Bürgerbeauftragte:

„Für mich bedeutet Transparenz folgendes:

a) Entscheidungsprozesse sollten nachvollziehbar sein,

b) Beschlüsse sollten begründet sein,

c) Weitestgehend sollte die Information, auf der Begründungen basiert sind, der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, und

d) Sitzungen öffentlicher Institutionen zu Angelegenheiten, die direkte Auswirkungen auf die Bürger haben, sollten offen und öffentlich abgehalten werden, so dass die Bürger diese und die Argumente verfolgen können

Institutionalisierte Bürgernähe: Der Europäische Bürgerbeauftragte/Ombudsman

Das Amt der Europäischen Bürgerbeauftragten entstand durch den Vertrag von Maastricht. Seit 1995 haben Jacob Söderman, sein Nachfolger im Amt, Nikiforos Diamandouros und ihre Mitarbeiter weit über 10.000 Beschwerden von Bürgern, Unternehmen, Organisationen und Behörden bearbeitet.

Sein Eindruck: „Eine beigelegte Streitigkeit, ein beantwortetes Schreiben, eine bezahlte Rechnung, ein freigegebenes Dokument und eine durch die Untersuchung des Bürgerbeauftragten ausgelöste Änderung – das ist auch jedes Mal ein zufriedener Bürger mehr." Darüber hinaus komme es jedem zugute, wenn in einem Einzelfall ein Problem behoben worden sei.

Bürgerbeteiligung durch E-Konsultation der EU

PUBLIC CONSULTATION- Revision of the Toys safety legislation

Background document

Context and objectives of Directive 88/378/EEC

Originally, Directive 88/378/EEC on the safety of toys, which harmonises the safety provisions on toys between Member States, was adopted in the context of the achievement of the internal market. Different safety provisions in the Member States created unnecessary costs in the transactions between Member States thus hampering the free movement of toys in the Community. The aim of this harmonisation measure was also to guarantee a equal high level safety of toys in the whole Community.

Europäische Kommission – Öffentliche Konsultation zu Postdiensten – Zusammenfassung Teil 1

Nachfolgend sind die wichtigsten Beiträge und Ansichten zusammengefasst, die bei der elfwöchigen öffentlichen Konsultation der Europäischen Kommission über Postdienste (vom 9. November 2005 bis zum 27. Januar 2006) vertreten wurden. Es meldeten sich Bürger und Unternehmen aus 32 Ländern zu Wort. Sie äußerten sich zu den Entwicklungen im Postsektor und zu der Richtung, die die europäische Politik in diesem Bereich künftig einschlagen könnte. Die Konsultation erfolgte in zwei Teilen, die jeweils für alle Beteiligten zugänglich waren:

- Teil 1: Online-Fragebogen über Themen von allgemeinem Interesse für Verwender (in allen EU-Sprachen)

:: Public Consultation
Safer Internet and online technologies for children
(bis Juni 2007)

Innovative Wege der Konsultation der EU-Bürger 2007

Europäische Bürgerkonferenze
Bring Deine Stimme ein

Europäische Bürgererklärung zur Zukunft Europas

Wir, Bürger Europas, haben in europäischen und nationalen Bürgerkonferenzen über die Zukunft von Europa beraten. Mit dem vorliegenden Dokument, einer Synthese der Ergebnisse unserer nationalen Bürgerkonferenzen, bringen wir unsere Stimme auf europäischer Ebene ein. Wir fordern von Ihnen, europäischen und nationalen Entscheidungsträgern, unsere Meinung bei der Entscheidung über die Zukunft Europas mit in Ihre Überlegungen einzubeziehen. Wir laden Mitbürger und die Medien ein, die von uns begonnene Debatte weiterzuführen.

Josef Magerl, Austria	Danny Casteleyn, Belgium	Peter Hristov, Bulgaria
Eleni Anastasiou, Cyprus	Linda Pilařová, Czech Republic	Alexander Dallinger, Germany
Vita Hansen, Denmark	Silvi Teesalu, Estonia	Eija Juutilainen, Finland
Antoine Scotto d'Abusco, France	Panagiotis Pitsiniagas, Greece	Arnold Toth, Hungary
Mary Yeates, Ireland	Daniele de Ambrogio, Italy	Daiva Makuteniene, Lithuania
Norbert Hansen, Luxembourg	Ivars Bekmanis, Latvia	André Cantor, Malta
Annel Rijnaard, Netherlands	Elżbieta Gacparska, Poland	Maria Isabel Silva, Portugal
Alexandra Constantinescu, Romania	Andrej Debnár, Slovakia	Nenad Kondic, Slovenia
Maite Perez Navas, Spain	Ysanne Samuelsson, Sweden	Helen Duffet, United Kingdom

Unterzeichnet in Brüssel am 9. Mai 2007, Europatag

Kampagne „Speak up Europe“

Die europaweite Kampagne „Speak Up Europe“ wurde 2006 ins Leben gerufen, um den

Austausch über die Zukunft der Europäischen Union zu erleichtern.

Im Rahmen des „Plan D für Demokratie, Dialog und Diskussion“ der Europäischen Kommission werden die zahlreichen Meinungen und Anliegen der europäischen Bevölkerung zu verschiedenen Themen eingeholt und gebündelt.

„Ihre Stimme in Europa“: Teil der Initiative zur Interaktiven Politikgestaltung

Ihre Stimme in Europa

http://ec.europa/yourvoice/index_de.htm

Mit „Ihre Stimme in Europa" bietet die Europäische Kommission Zugang zu einer Vielzahl von **Konsultationen**, **Diskussionen** u. ä., in deren Rahmen Sie sich **aktiv** an der Politikgestaltung in Europa beteiligen können:

- **Konsultationen**: Teilen Sie uns Ihre **Meinung über EU-Politiken** mit und beeinflussen Sie ihre Ausrichtung. Wirken sie mit an der Gestaltung europäischer Politik und beteiligen sich an den Konsultationen in den zahlreichen Themenbereichen.
- **Diskussionen**: Sie möchten **tagesaktuelle Fragen** diskutieren und online mit Entscheidungsträgern der EU chatten? Sagen Sie Ihre Meinung in den Diskussionen über die Europäische Union und ihre Zukunft.
- **Ihre Erfahrungen**: Sie können uns helfen, Ihnen bei der Lösung Ihrer Probleme in der EU zu helfen. Unterstützen Sie uns - selbstverständlich anonym - bei der **Beurteilung der praktischen Wirksamkeit der EU-Politiken**.
- **Nützliche Links**: Andere Wege, auf denen Sie Ihrer Stimme in Europa Gewicht verleihen können.

Gemeinsam Europa transparenter machen: Beispiele auf kommunaler Ebene

- **Bürgerforen „Mitreden über Europa“**

14.Mai 2007 in Essen

WWW.youtube.com/eutube: der Kanal der Europäischen Kommission

Margot Wallström: „Der Erfolg von Eutobe bestätigt ganz konkret, wie wichtig es ist, Kommunikation interessant zu gestalten und dabei die Medien zu nutzen, die den Bürgern gefallen“

Eutobe = binnen 3 Monaten nach Freischaltung 2007 mehr als eine Million Besucher

Fragen zu Europa?
Kontaktieren Sie EUROPE *DIRECT* !

Rufen Sie uns unter der Rufnummer **00800 6 7 8 9 10 11** **gebührenfrei** aus der gesamten EU an.

Besuchen Sie ein Informationszentrum des **EUROPE DIRECT-Netzwerks** in Ihrer Nähe. Dort erhalten Sie Auskünfte und Informationsmaterial

Senden Sie eine **E-mail** oder kontaktieren Sie uns über das **Internet**

(http://ec.europa.eu/europedirect/index_de.htm)

Bürgerschaftliches Engagement für Europa

- Die <u>Initiative „Bürger für Europa“</u> möchte mit bürgerschaftlichem Engagement in Deutschland
- <u>für die europäische Integration werben</u> und
- <u>Europa den Bürgern näher bringen</u>.
- Die Initiative ist ein Zusammenschluss von über 40 Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Medien, Wissenschaft und Kultur und steht
- unter der Schirmherrschaft der Vertretung der EU-Kommission in Deutschland.

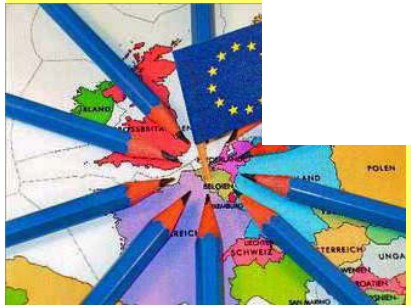
AdR: „Stimme der Kommunen und Regionen“

EUROPÄISCHE UNION

Ausschuss der Regionen

Aufgaben

- nur eine beratende Funktion,
  trifft also keine verbindlichen Entscheidungen
- muss bei Fragen, die die kommunale und regionale Verwaltung betreffen um Stellungnahme gebeten werden
  → „Stimme der Kommunen und der Regionen“
- Stellungnahme zu Vorschlägen der Europäischen Kommission für neue Rechtsvorschriften der EU



Der Ausschuss der Regionen (AdR) zum Thema „Bürgernähe“ (2002)

„Die Verwirklichung von Bürgernähe .

Danach muss das Subsidiaritätsprinzip als Maßstab für eine Neufestlegung der Aufgaben der Europäischen Union dienen.

In diesem Zusammenhang müssen die Prinzipien gewahrt werden, die für die Verteilung von Verantwortung und Kompetenzen zwischen dem Staat und den regionalen bzw. lokalen Gebietskörperschaften in den einzelnen Mitgliedstaaten gelten.

Soweit gemeinschaftliches Handeln nicht unbedingt erforderlich ist, sollten Mitgliedstaaten, Regionen und Kommunen als bürgernahe Entscheidungsebenen wieder stärker mit politischer Verantwortung ausgestattet werden.“

Prioritäre Fragen zur Zukunft Europas

- Was ist das Ziel der europäischen Integration? (=Leitbild!)
- Welche Rolle sollte Europa in der Welt spielen?
- Wie sieht angesichts der Globalisierung die Zukunft des europäischen Sozial- und Wirtschaftsmodells aus?
- Wie definieren wir die Grenzen der Europäischen Union?
- Wiestärken wir Freiheit, Sicherheit und Recht?
- Wie soll die EU finanziert werden?

(Quelle: Ausschuss der Regionen Juni 2006)

Erwin Teufel, ehem. MP des Landes Baden-Württemberg zum Subsidiaritätsprinzip

- „Aber das **Subsidiaritätsprinzip** ist etwas anderes als **Dezentralisierung**.
- **Das Subsidiaritätsprinzip denkt vom Bürger her**, es denkt von unten nach oben und sieht das ursprünglichste Recht bei der untersten Einheit, bei der Gemeinde. **Nicht derjenige ist beweispflichtig, der meint, dass eine Aufgabe auf unterer Ebene genauso gut erledigt werden kann, sondern derjenige, der eine Aufgabe weiter oben ansiedeln will**, ist beweispflichtig, dass diese Aufgabe auf der

  Ebene der Gemeinde und der Stadt nicht mehr in befriedigender Weise gelöst werden kann“....
- **Das Subsidiaritätsprinzip gibt dem Verein, der Selbsthilfegruppe, dem freien Träger Vorrang. Das Subsidiaritätsprinzip mutet dem Einzelnen etwas zu, bevor er Forderungen an die Allgemeinheit stellen kann. Das Subsidiaritätsprinzip geht von der Selbstverwaltung und Allzuständigkeit der Städte und Gemeinden aus und bringt in den Staat und in die europäische Ebene eine Ordnung, die von unten nach oben geht“.**

„Europa der Regionen“: ein Garant für mehr Bürgernähe?

Das „Europa der Regionen" ist ein Gegenentwurf zum "Brüssler Zentralismus".

Durch mehr Einfluss der Regionen soll ein bürgernahes Europa entstehen.

Das Konzept der Regionen ist jedoch in Europa nicht einheitlich.

So haben die Bundesländer im föderalen Deutschland eine gewisse Souveränität und sogar Mitentscheidungsrechte bei Bundes- und EU-Entscheidungen.

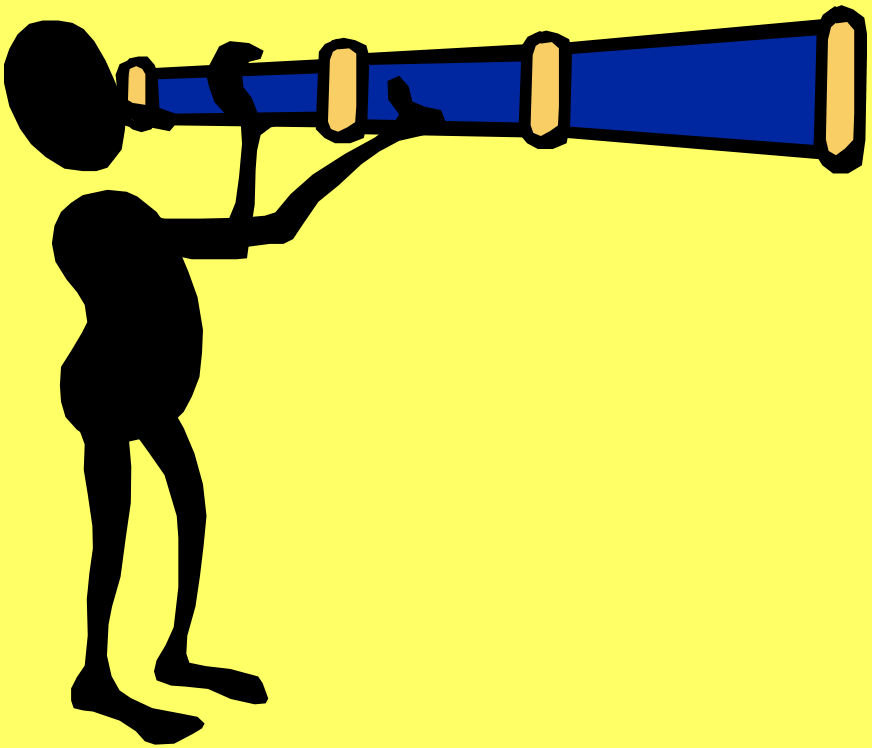
Im zentralistischen Frankreich dagegen beginnen sich erst langsam Regionen zu bilden.

eGovernment im europäischen Kontext: Ein Weg zu mehr Bürgernähe??

Auffällig ist, dass der globale E-Government-Diskurs zwar unablässig fordert, den Bürger konsequent in den Mittelpunkt zu stellen und alles Staatshandeln an seinen Interessen auszurichten, dieses Lippenbekenntnis aber erstaunlich wenig konkrete Handlungsansätze nach sich gezogen hat.

Trotz dieser Unzufriedenheit mit vielen Leistungen der staatlichen Ebene ist E-Government unzweifelhaft eines der wesentlichen Instrumente, um den Staat transparenter zu machen und den Bürgern konkrete Partizipationsmöglichkeiten zu offerieren. Umfragen und Nutzerstudien zeigen auch, dass viele Bürger sich durchaus Demokratiezugewinne von diesen neuen Möglichkeiten versprechen.

Fühlen sich die Bürger in ihren Interessen, Sorgen und Wünschen nicht ernst genommen, sinkt für viele von ihnen die Motivation, aktiv an der Gestaltung des Gemeinwesens mitzuwirken. Dieses grundsätzliche Akzeptanz- und Vertrauensproblem moderner Demokratien ist durch wohl überlegte E-Government-Angebote allein nicht aufzulösen. E-Government kann aber den Abbau einiger Vorbehalte gegenüber der Tätigkeit staatlicher Institutionen fördern und einen nicht unerheblichen Beitrag zur Annäherung der Bürger



Trends & Perspektiven

Zukunft des europäischen Projekts nach den Referenden in Frankreich und den Niederlanden.

Die Ziele des Verfassungsvertrages

– Bürgernähe, Transparenz, Demokratisierung und Effizienz – nach wie vor gültig.

Die wichtigste Aufgabe:

das Vertrauen in die Europa-Politik zu stärken,

die Vorzüge der europäischen Integration und Funktionsweise der EU allen verständlich zu machen und sicherzustellen, dass Fragen, die alle Bürger Europas angehen, von allen Bürgern diskutiert werden können.

Um dies zu erreichen, soll Europa die Periode des Nachdenkens nutzen und:

- **noch demokratischer, transparenter und effizienter werden,**
- **Verfahren entwickeln, die die Bürger stärker in das europäische Projekt einbeziehen und sie bei seiner Umsetzung und Fortentwicklung mitnehmen.**

Transparenz im Reformvertrag 2007

Transparentere Entscheidungsfindung

Um Bürgern und Mitgliedstaaten der Union Gelegenheit zu geben, europäische Entscheidungsprozesse besser verfolgen zu können und um auf diese Weise um mehr Verständnis für europäische Lösungen zu werben,

- **wird zukünftig nicht mehr nur das Parlament,**
- **sondern auch der Rat der Union**
- **seine *Sitzungen öffentlich abhalten!!!***

!!!!!

Stärkung der Rechte der Bürger im Reformvertrag 2007

Die bereits im Jahre 2000 feierlich proklamierte

Charta der Grundrechte wird nun rechtsverbindlich.

Rechte und Freiheiten der Bürger – wie die Achtung der Menschenwürde, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Minderheitenrechte – werden vertraglich abgesichert:

Sowohl die Organe der EU als auch die Mitgliedstaaten werden bei der Anwendung des Rechts der Union an die Grundrechte gebunden.

Beitreten können der Union nur solche Staaten, die diese Werte achten und sich verpflichten, ihnen Geltung zu verschaffen. Die Charta ist umfassender als die 1950 in Rom unterzeichnete Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte (EMRK). Während sich die EMRK auf Bürgerrechte und politische Rechte beschränkt, deckt die Charta weitere Gebiete ab, wie das Recht auf ordnungsgemäße Verwaltung, die sozialen Rechte der Arbeitnehmer, den Schutz personengebundener Daten, den Umweltschutz und die Bioethik.

Artikel 8b des Reformvertrages von 2007: Bürger und EU-Organe

Garantie der Öffentlichen Meinungs-äußerung zur Arbeit der EU

1. Die Organe geben den Bürgerinnen und Bürgern und den repräsentativen Verbänden in geeigneter Weise die Möglichkeit, ihre Ansichten in allen Bereichen des Handelns der Union öffentlich bekannt zu geben und auszutauschen.

Dialogangebot

2. Die Organe pflegen einen offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog mit den repräsentativen Verbänden und der Zivilgesellschaft.

Öffentlichkeit durch Anhörungen

3. Um die Kohärenz und die Transparenz des Handelns der Union zu gewährleisten, führt die Kommission umfangreiche Anhörungen der Betroffenen durch.

Artikel 8b des Reformvertrages von 2007: Bürgerinitiativen in der Europäischen Union

„4. Unionsbürgerinnen und Unionsbürger, deren

Anzahl mindestens eine Million betragen und

bei denen es sich um Staatsangehörige einer erheblichen Anzahl von Mitgliedstaaten handeln muss,

können die Initiative ergreifen und die Kommission auffordern, im Rahmen ihrer Befugnisse geeignete Vorschläge zu Themen zu unterbreiten,

zu denen es nach Ansicht jener Bürgerinnen und Bürger eines Rechtsakts der Union bedarf, um die Verträge umzusetzen."

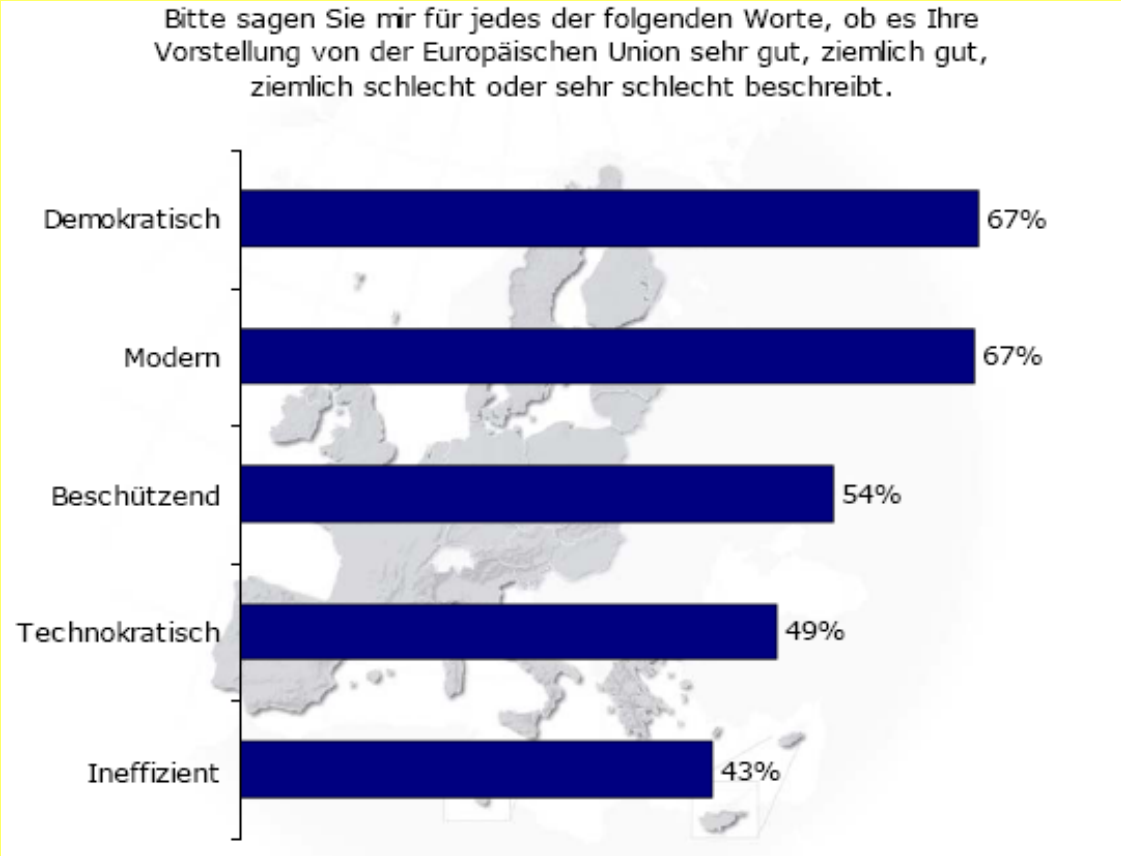
Bürger können Themen auf der EU-Agenda erzwingen!!

Eurobarometer - Umfrage 2006 zur Zukunft Europas

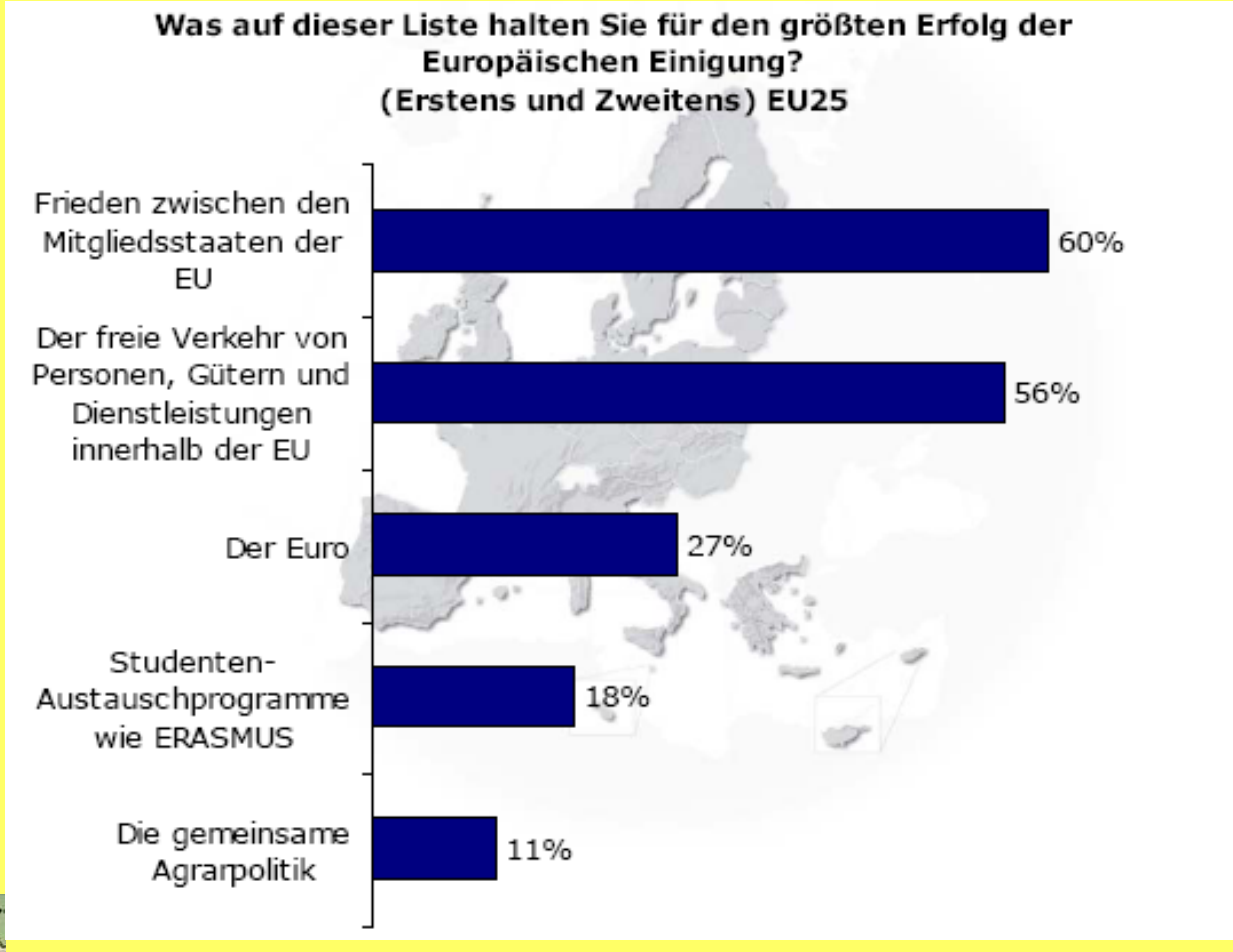
Das Ziel dieser Befragung unter ca. 25.000 EU-Bürgern ist insbesondere:

- **die Gemütsverfassung der Europäer und ihre Einstellung zu Europa besser zu verstehen;**
- **das Bild, das die Europäische Union bei den europäischen Bürgern hervorruft, zu analysieren;**
- **die Wahrnehmung der Erfolge wie der Misserfolge der Europäischen Union bis heute zu messen;**
- **die Erwartungen der Europäer sowohl an die Politik, die verfolgt werden sollte, als auch an die Teilhabe der Bürger auf den neuesten Stand zu bringen.**

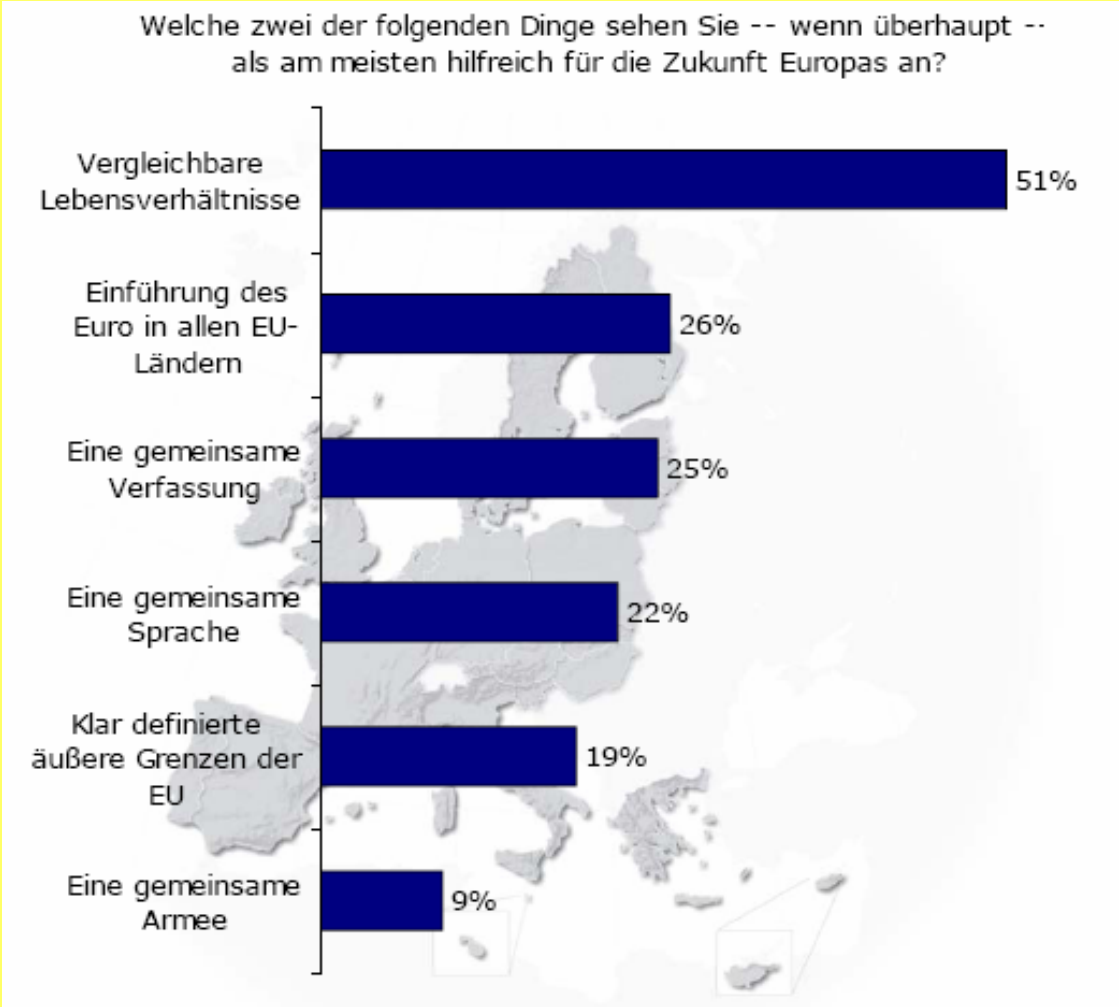
Eurobarometer - Umfrage 2006 zur Zukunft Europas



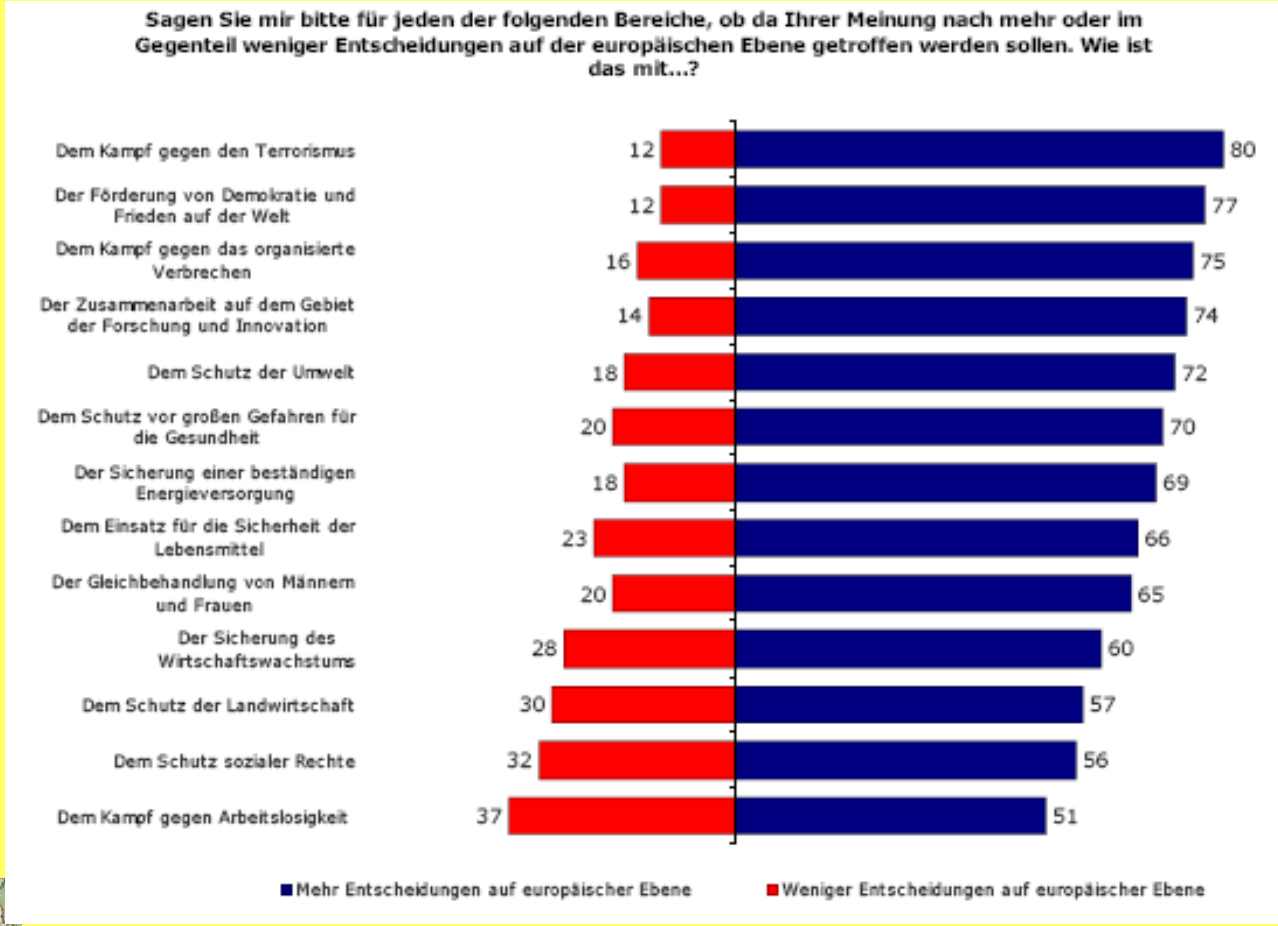
Eurobarometer - Umfrage 2006 zur Zukunft Europas



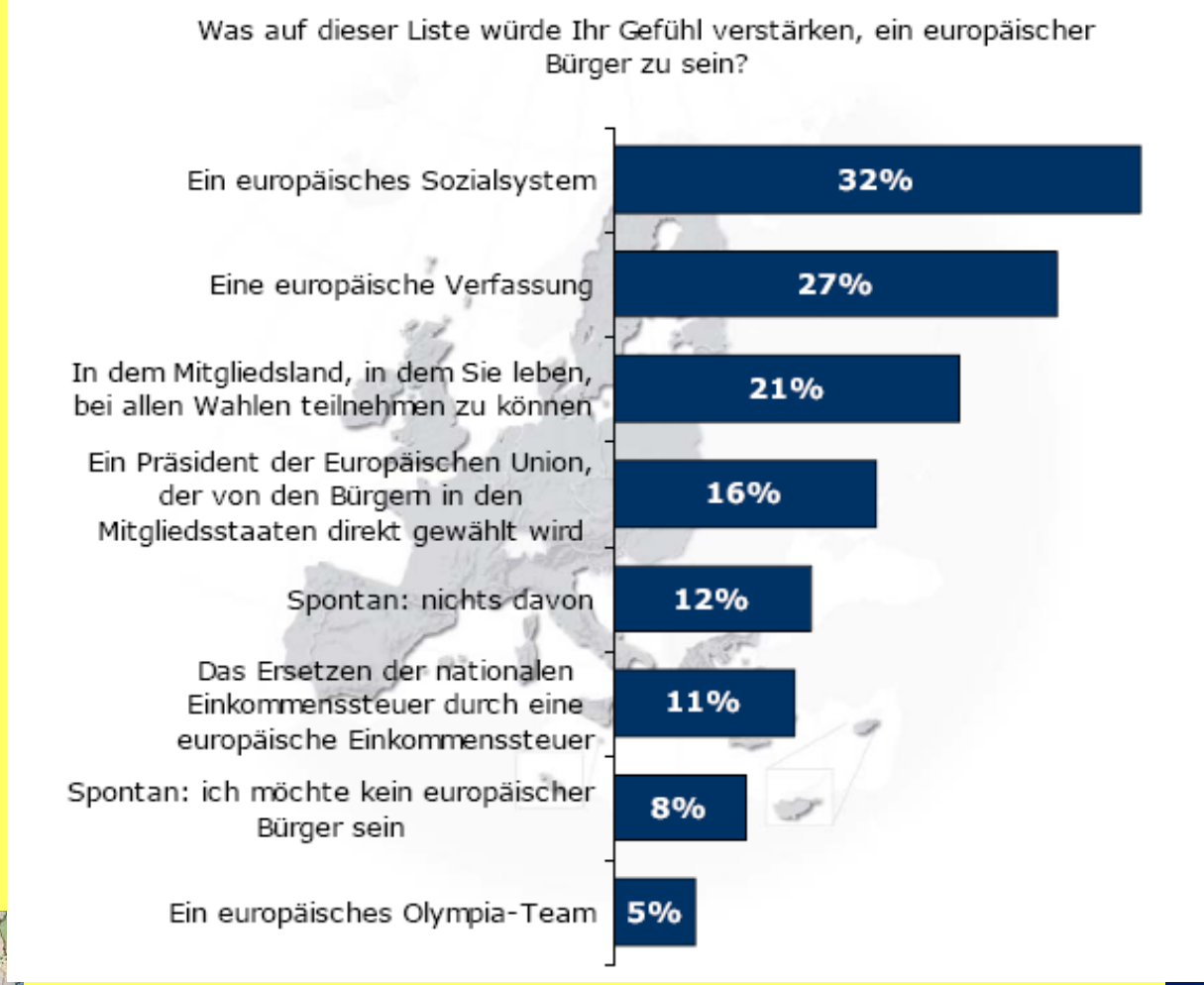
Eurobarometer - Umfrage 2006 zur Zukunft Europas



Eurobarometer - Umfrage 2006 zur Zukunft Europas



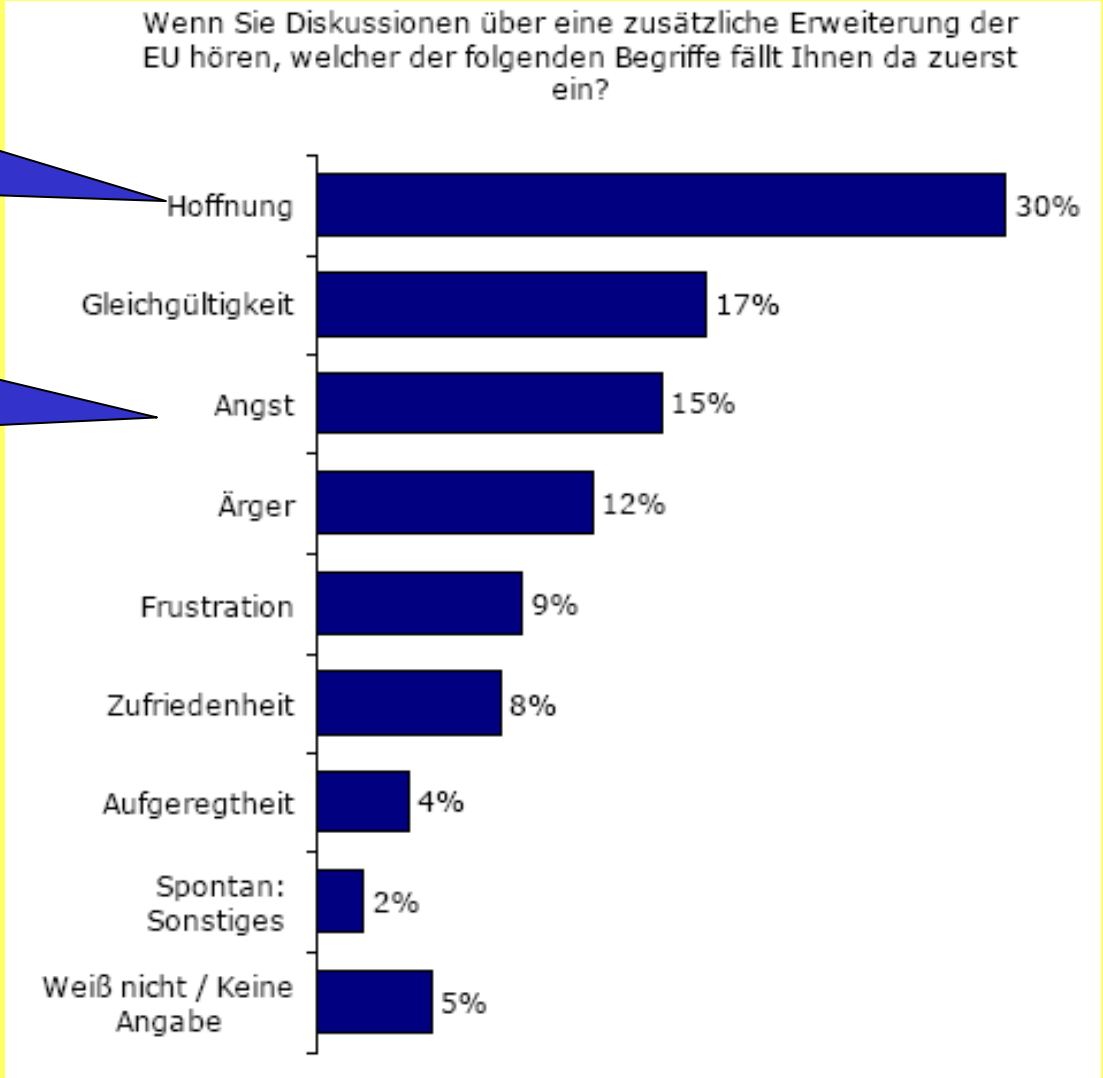
Eurobarometer - Umfrage 2006 zur Zukunft Europas



Eurobarometer - Umfrage 2006 zur Zukunft Europas

Insbesondere bei den 10 neuen Mitgliedern seit 2004

Negativbewertungen vor allem bei den EU-15



Attraktives Europa….

-

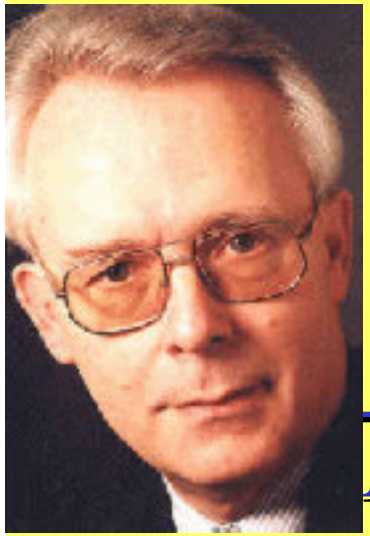
Danke für Ihre Aufmerksamkeit!!

Hvala Vam na pozornosti!

Muit obrigado !

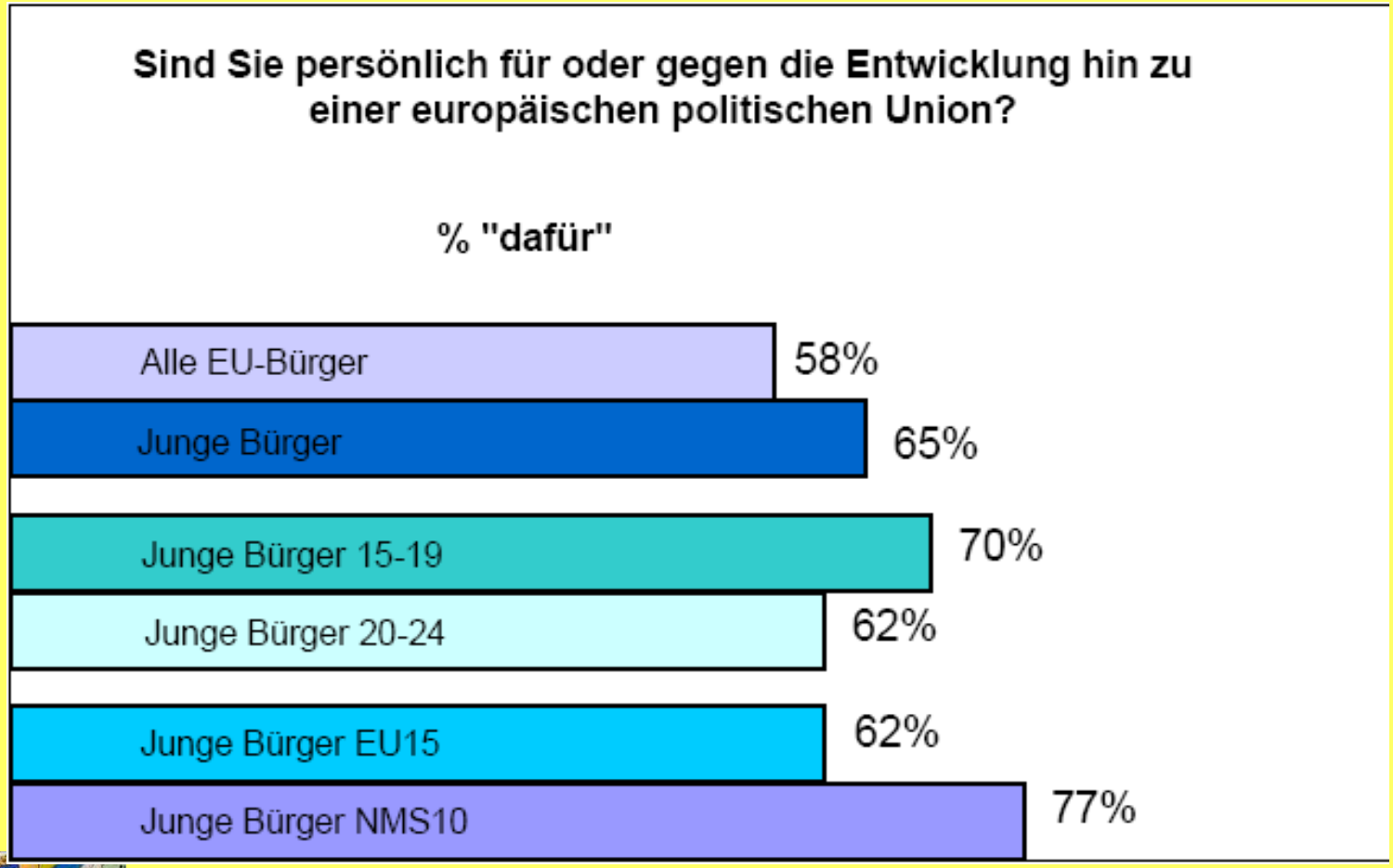
Muchas Gracias !

Thank you for your attention!



Ergänzende Folien!!!

Eurobarometer 2005: Jugend und Europa

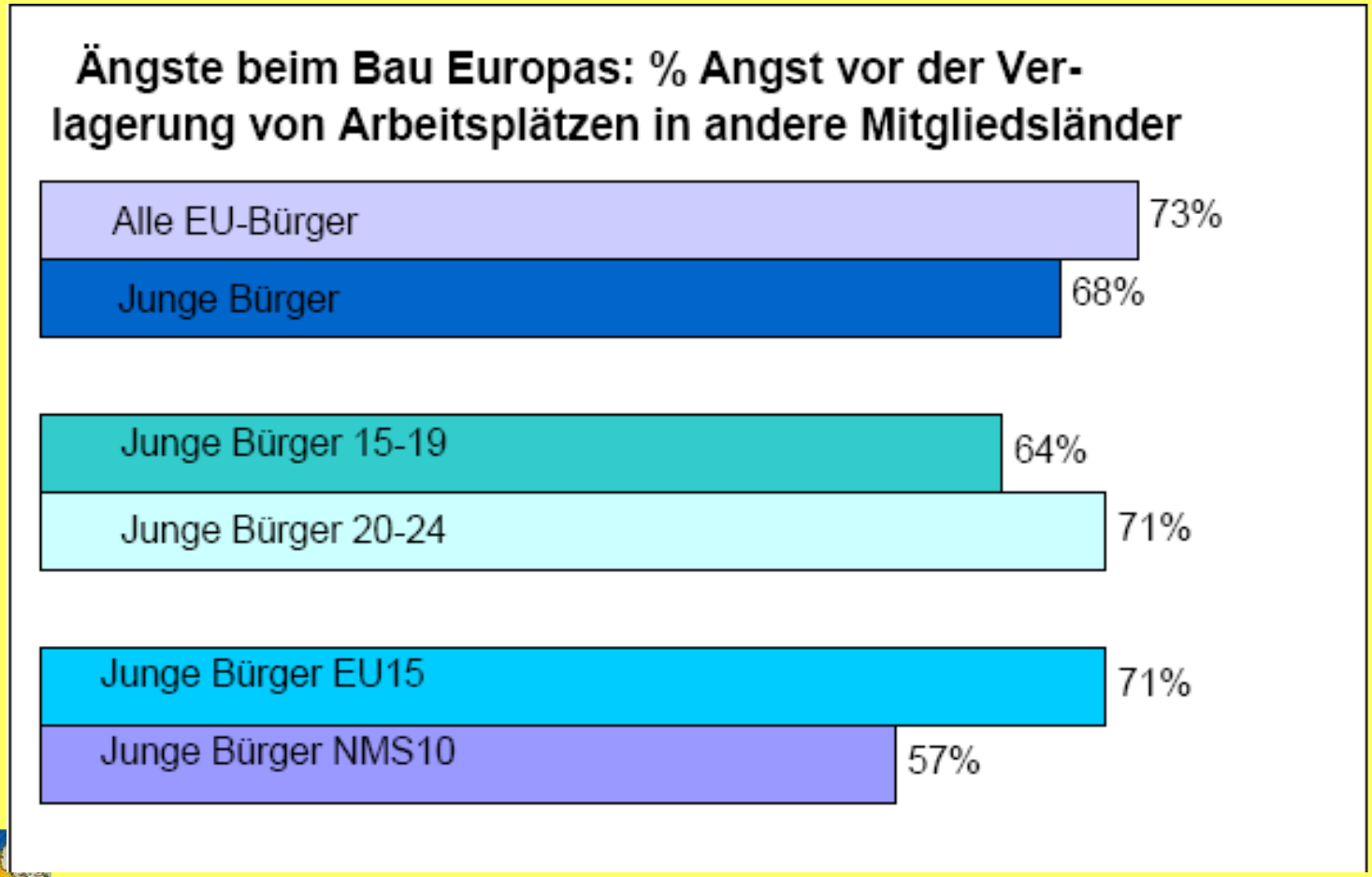


Eurobarometer 2005: Jugend und Europa

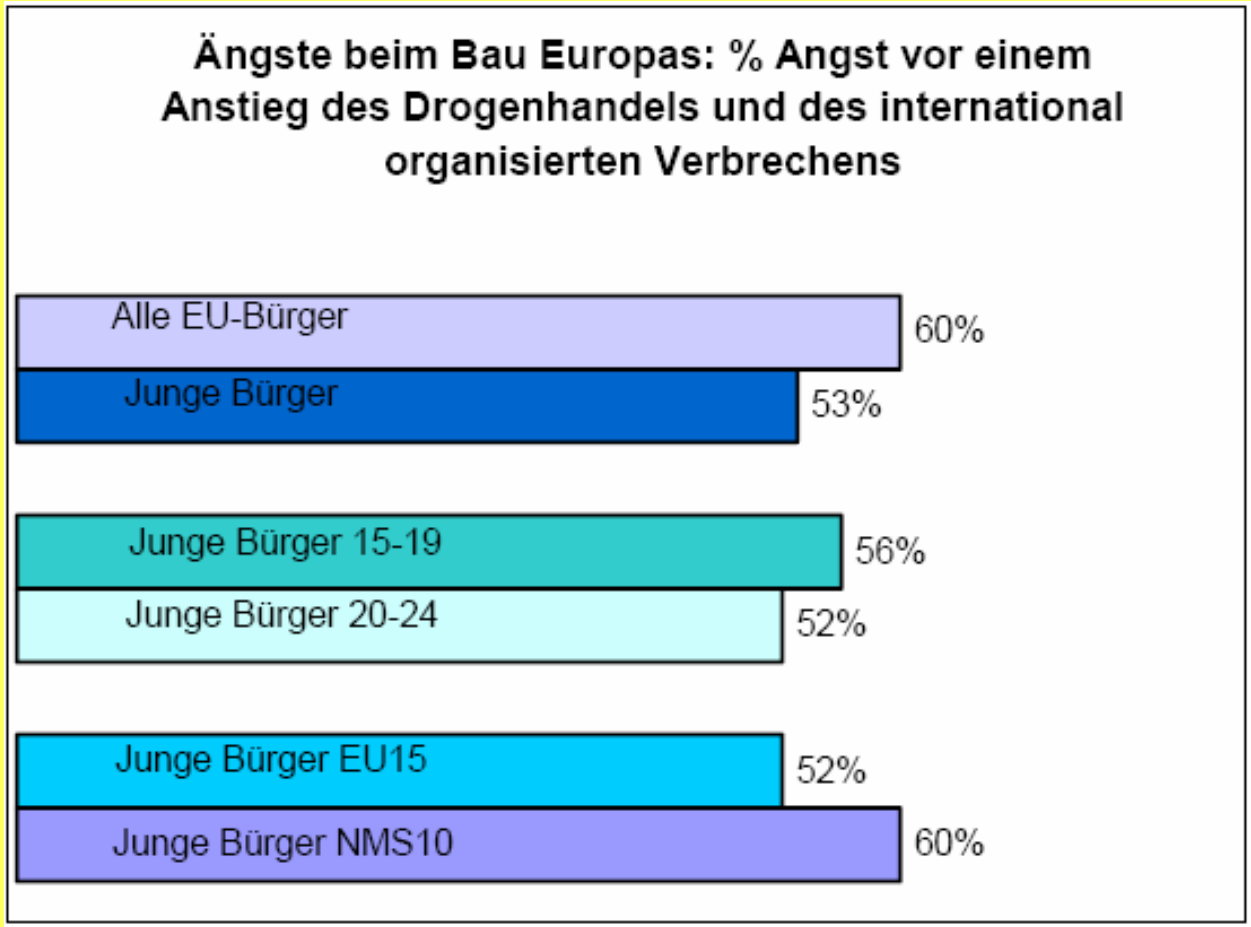
"Welche drei von den Maßnahmen sollte die Europäische Union Ihrer Meinung nach vorrangig behandeln?" *(In der Tabelle sind die drei meistgenannten Maßnahmen aufgeführt)*

	Kampf gegen Arbeitslosigkeit	***Armut und soziale Ausgrenzung bekämpfen***	***Frieden und Sicherheit in Europa bewahren***
Alle EU-Bürger	47%	44%	31%
Junge Bürger	52%	45%	30%
Junge Bürger 15-19	51%	44%	35%
Junge Bürger 20-24	53%	47%	26%
Junge Bürger EU15	48%	41%	31%
Junge Bürger NMS10	68%	60%	27%

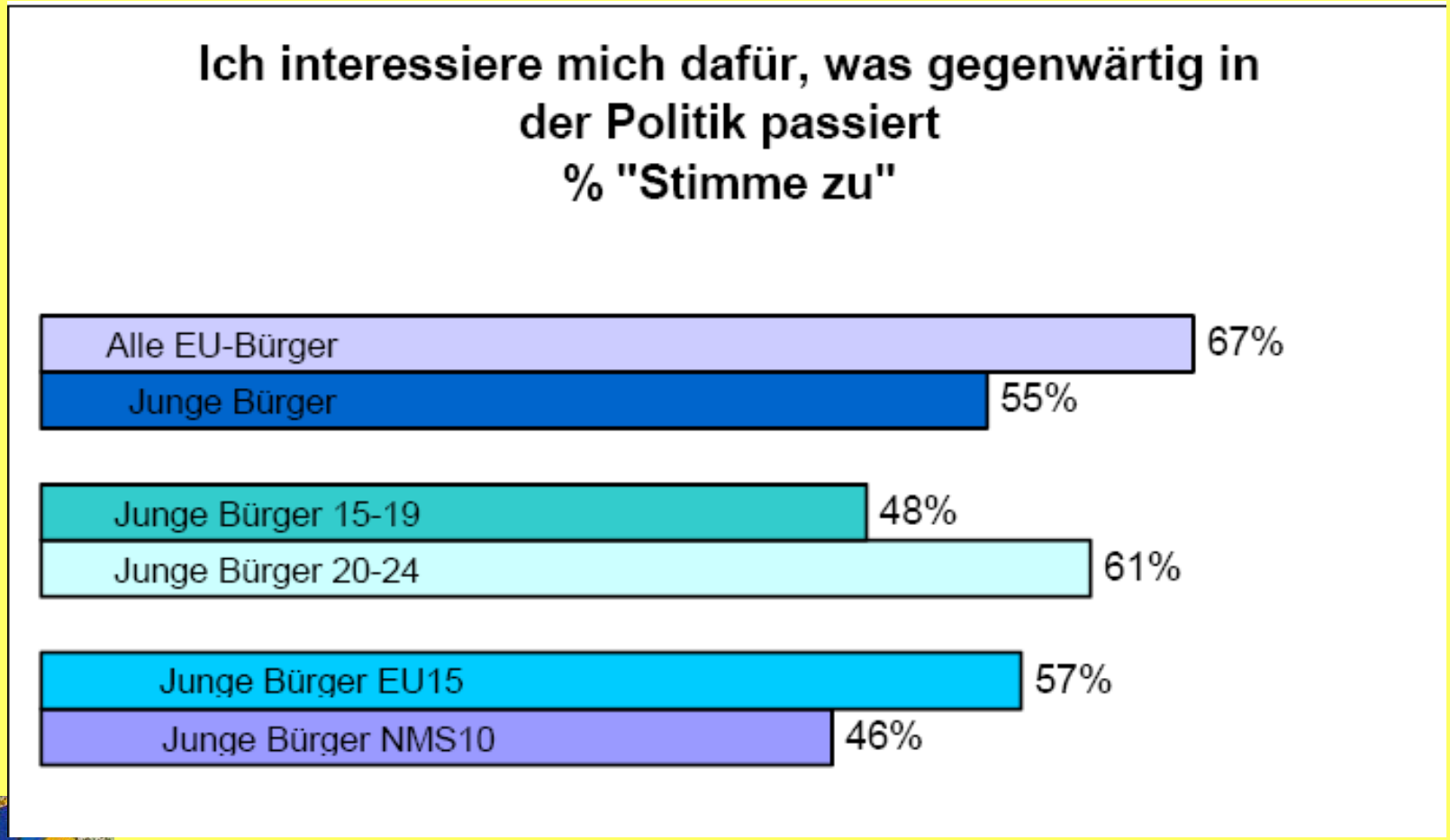
Eurobarometer 2005: Jugend und Europa



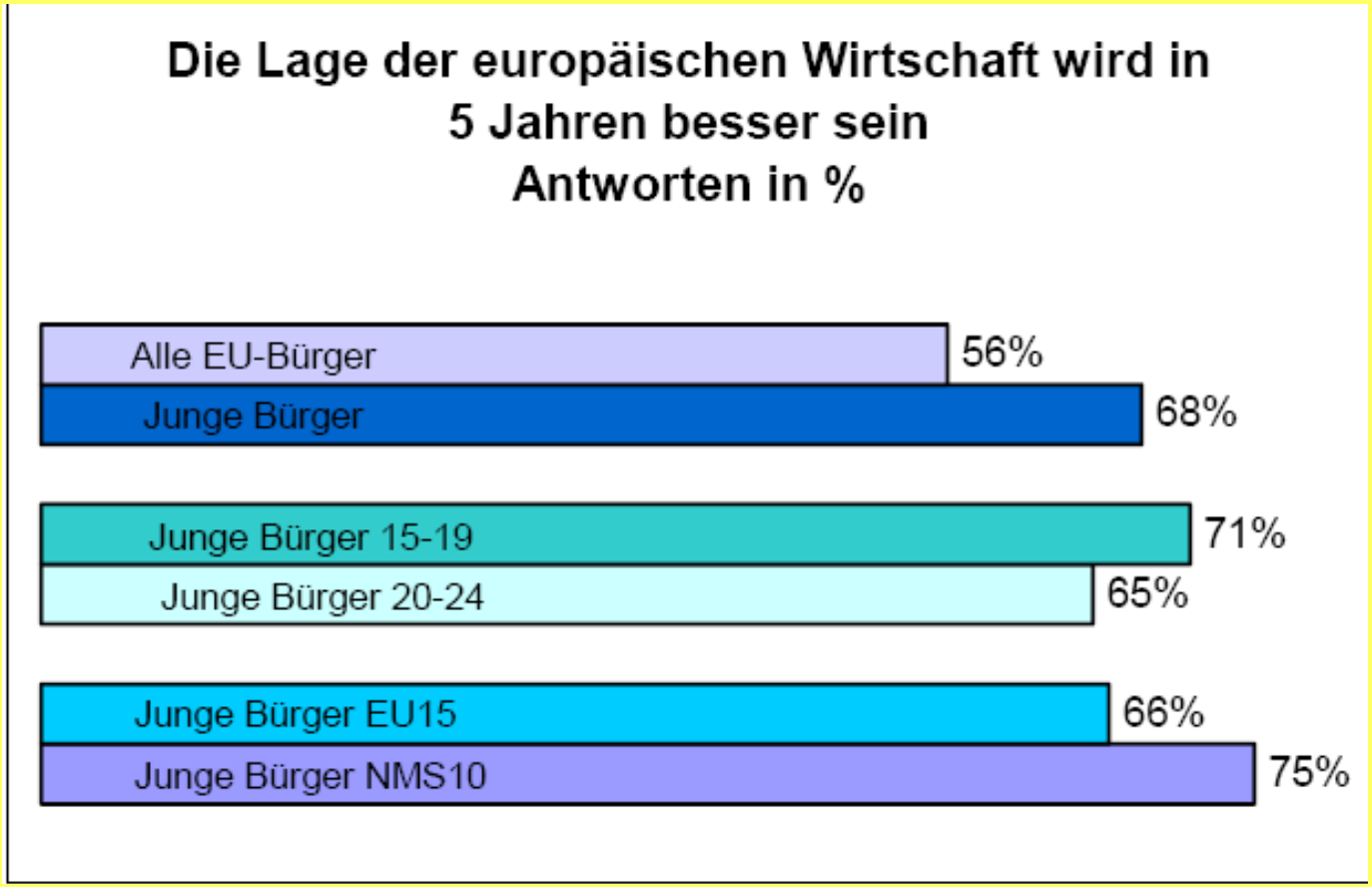
Eurobarometer 2005: Jugend und Europa



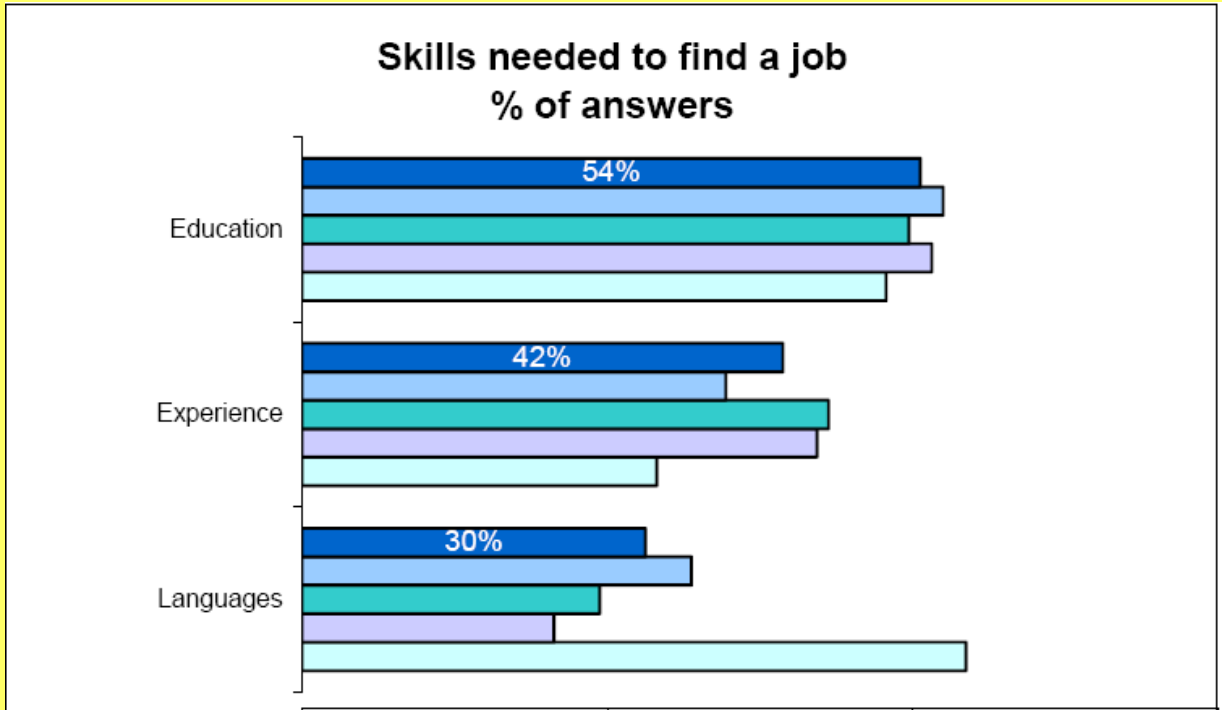
Eurobarometer 2005: Jugend und Europa



Eurobarometer 2005: Jugend und Europa

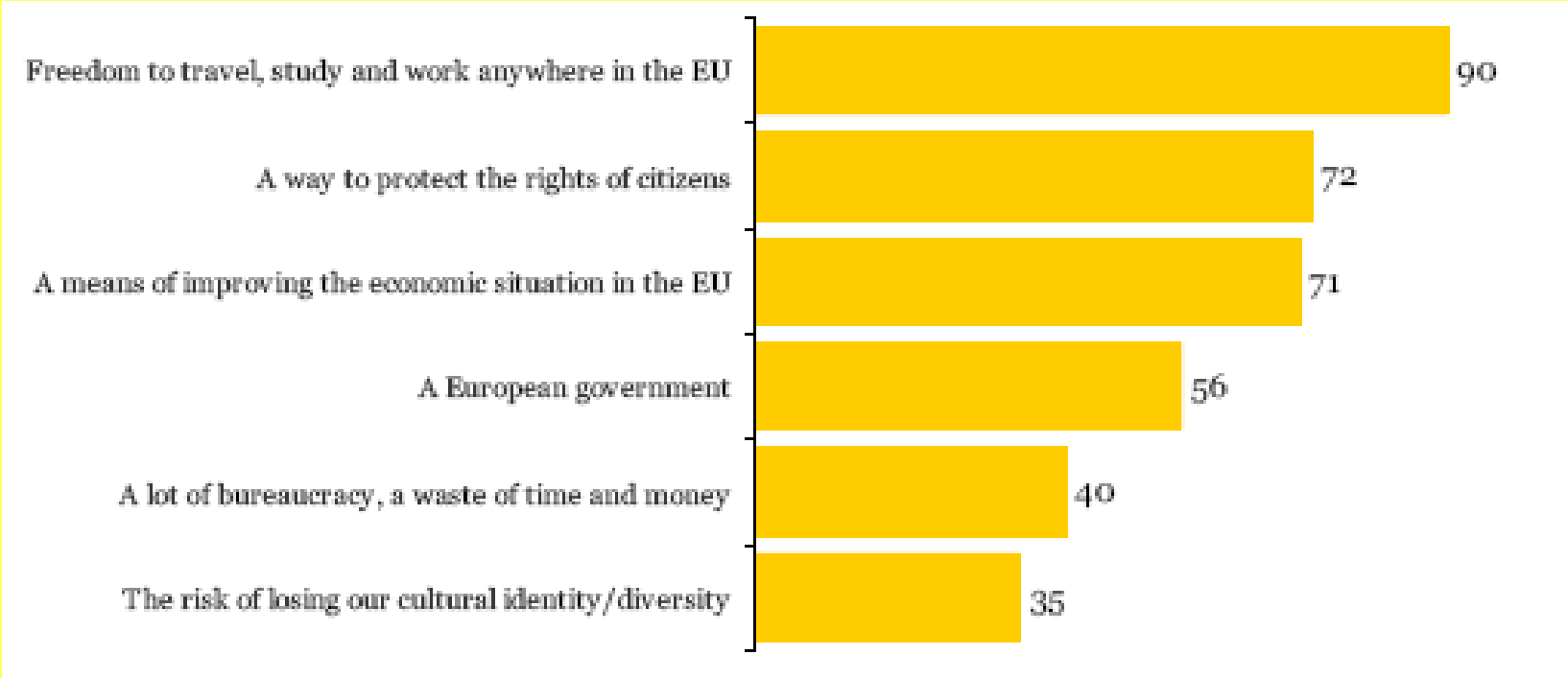


Eurobarometer 2005: Jugend und Europa

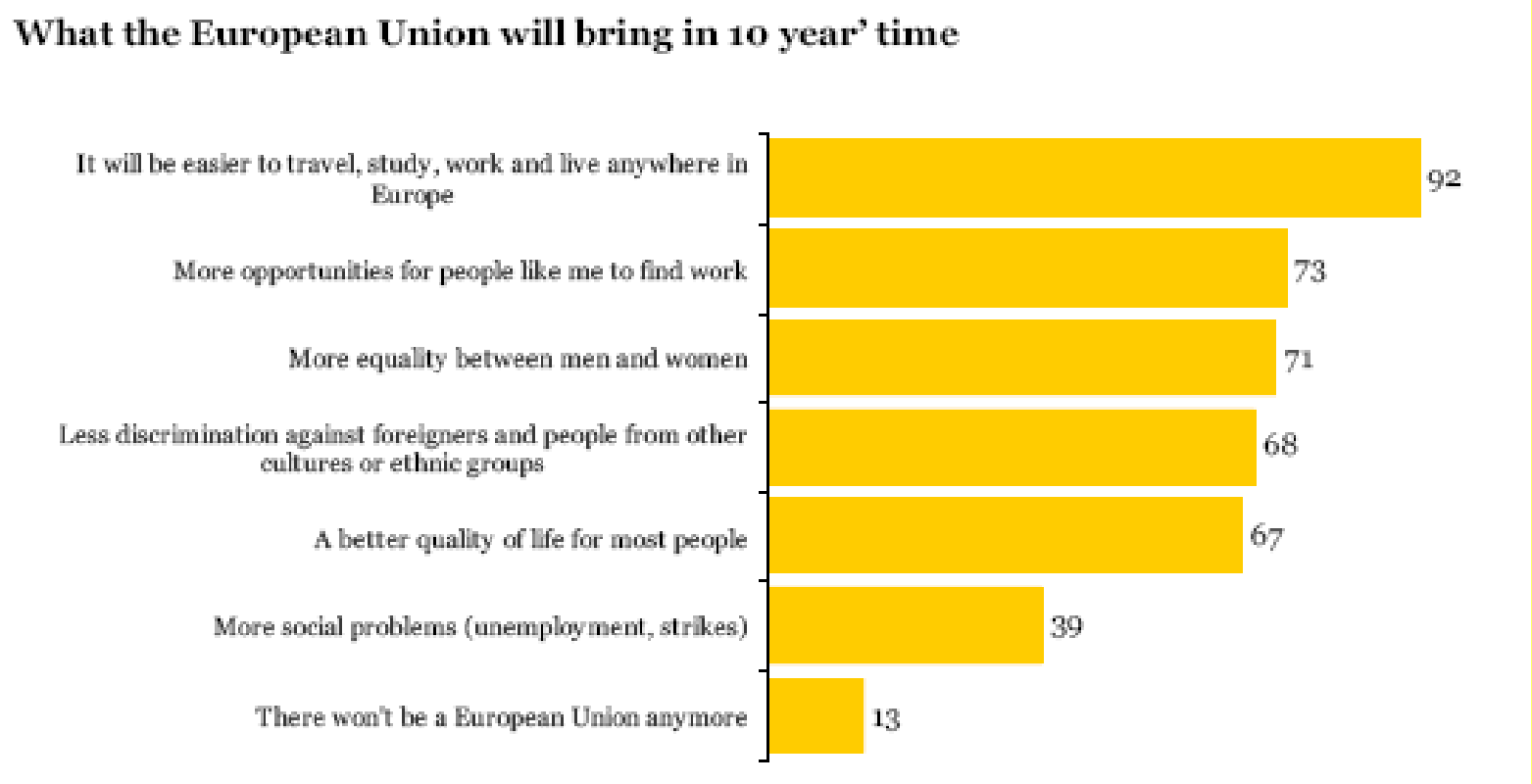


	Languages	Experience	Education
Young citizens	30%	42%	54%
Young citizens 15-19	34%	37%	56%
Young citizens 20-24	26%	46%	53%
EU15	22%	45%	55%
NMS10	58%	31%	51%

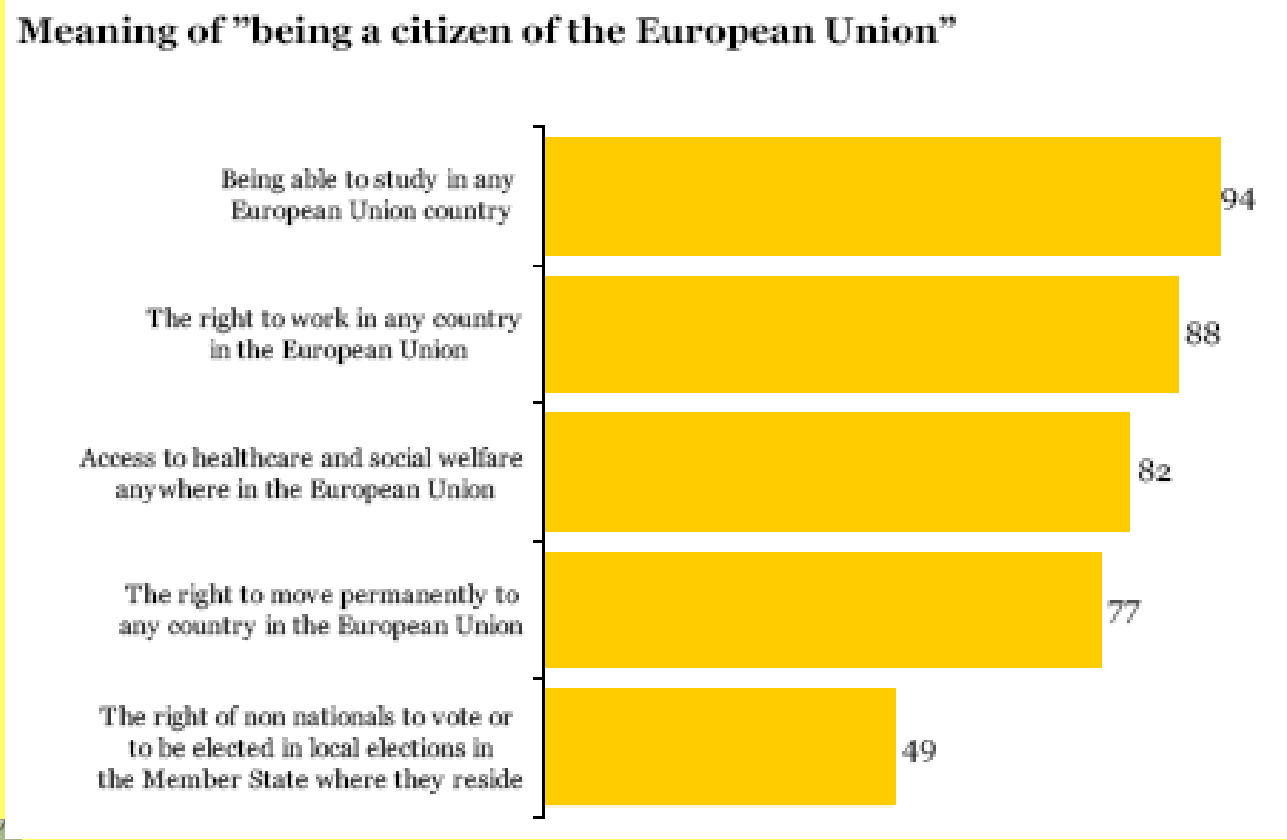
Eurobarometer Flash 2007: Jugend und Europa



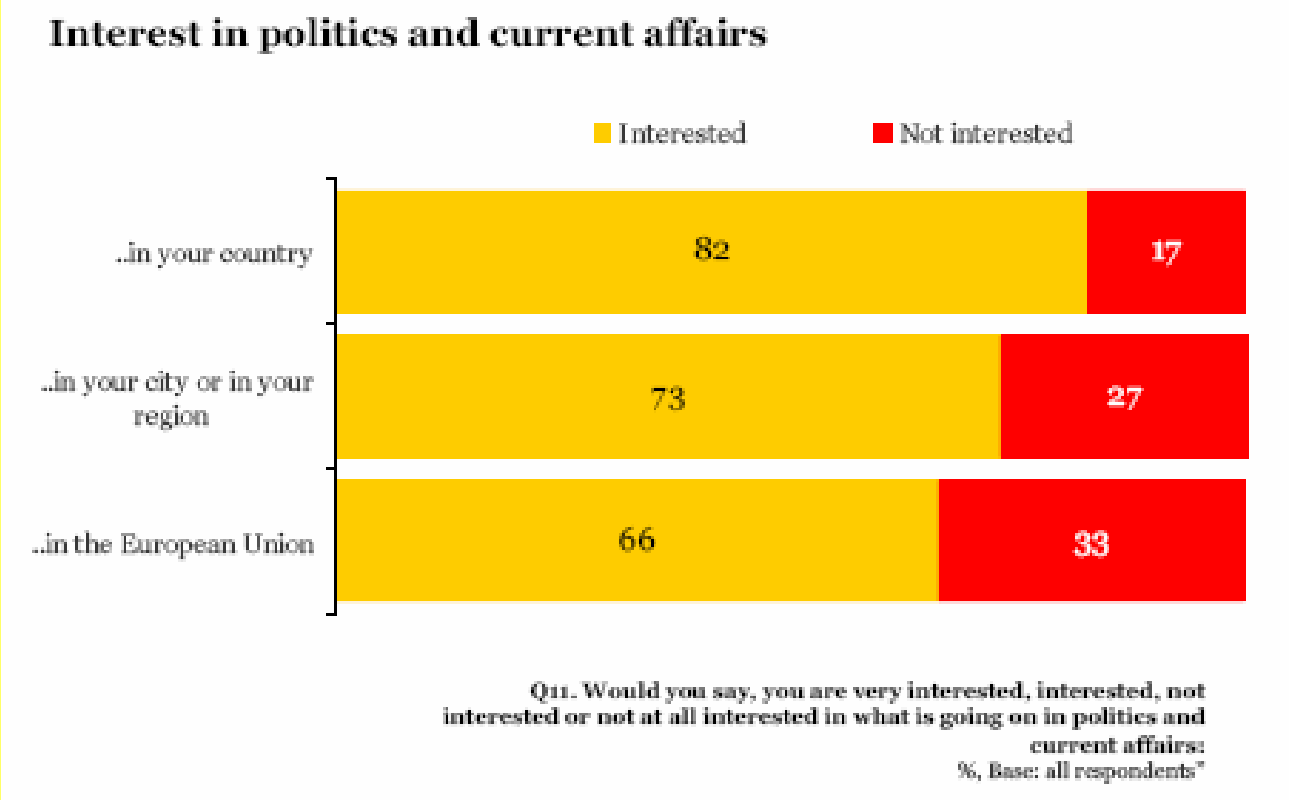
Eurobarometer Flash 2007: Jugend und Europa



Eurobarometer Flash 2007: Jugend und Europa

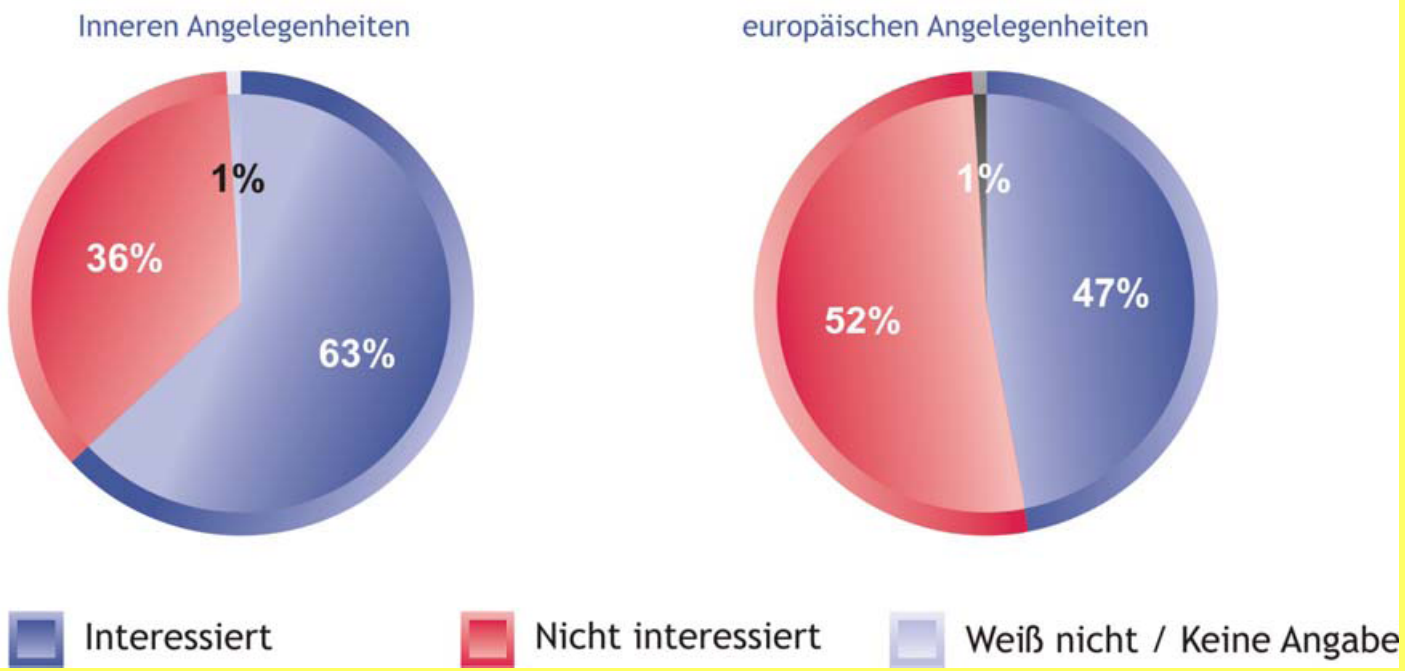


Eurobarometer Flash 2007: Jugend und Europa



Eurobarometer - Umfrage 2006 zur Zukunft Europas

Frage: QA24_1. Würden Sie sagen, Sie sind sehr interessiert, ziemlich interessiert, nicht sehr interessiert oder überhaupt nicht interessiert an



Eurobarometer - Umfrage 2006 zur Zukunft Europas

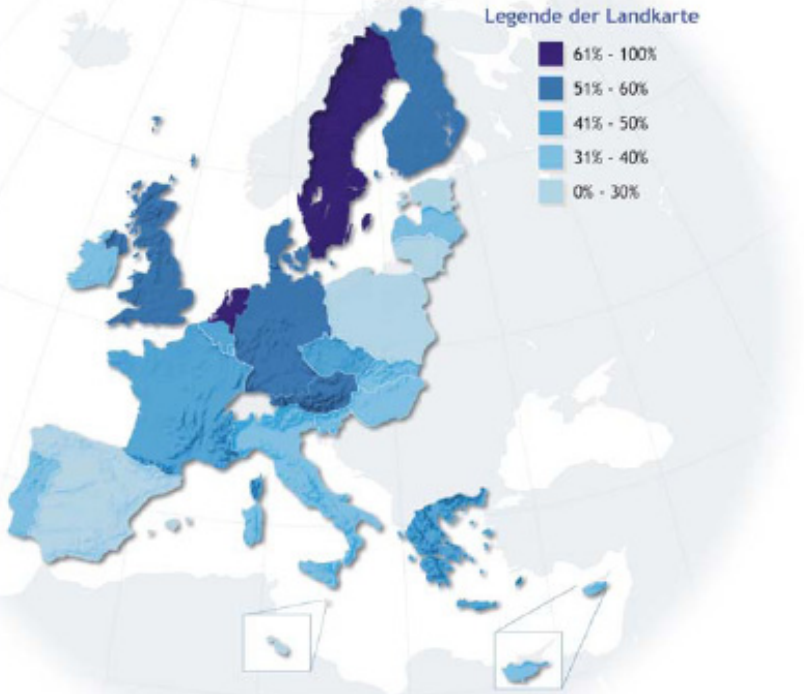
Ineffizienz: weniger kritisch bei den neuen EU-Ländern

Frage: QA9_4. Bitte sagen Sie mir für jedes der folgenden Worte, ob es Ihre Vorstellung von der Europäischen Union sehr gut, ziemlich gut, ziemlich schlecht oder sehr schlecht beschreibt.

Option: Ineffizient

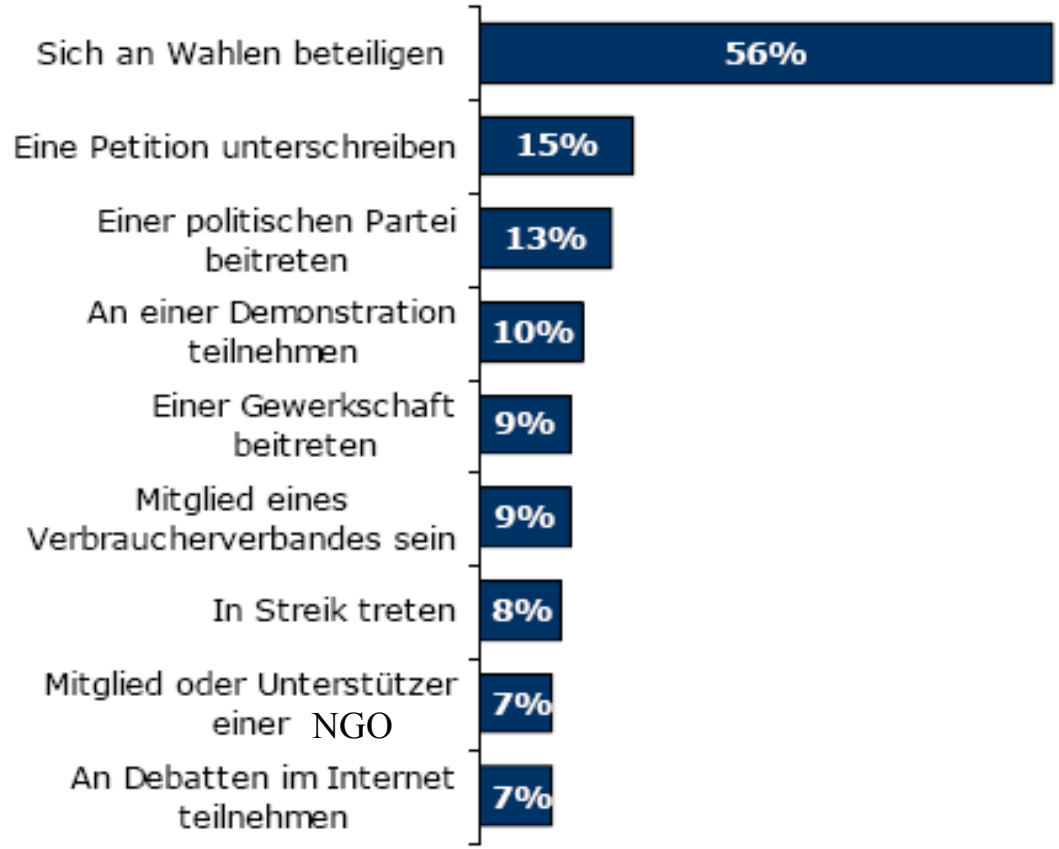
Antworten: Beschreibt sehr gut + Beschreibt ziemlich gutl

Landesergebnisse	
Schweden	67%
Niederlande	61%
Finnland	60%
Dänemark	59%
Großbritannien	55%
Deutschland	53%
Österreich	53%
Belgien	46%
Griechenland	44%
Europäische Union (25)	43%
Tschechische Republik	43%
Frankreich	41%
Süd-Zypern	38%
Ungarn	38%
Luxemburg	36%
Slowenien	35%
Italien	33%
Lettland	33%
Irland	32%
Slowakei	32%
Portugal	31%
Spanien	30%
Estland	30%
Polen	27%
Litauen	25%
Malta	25%



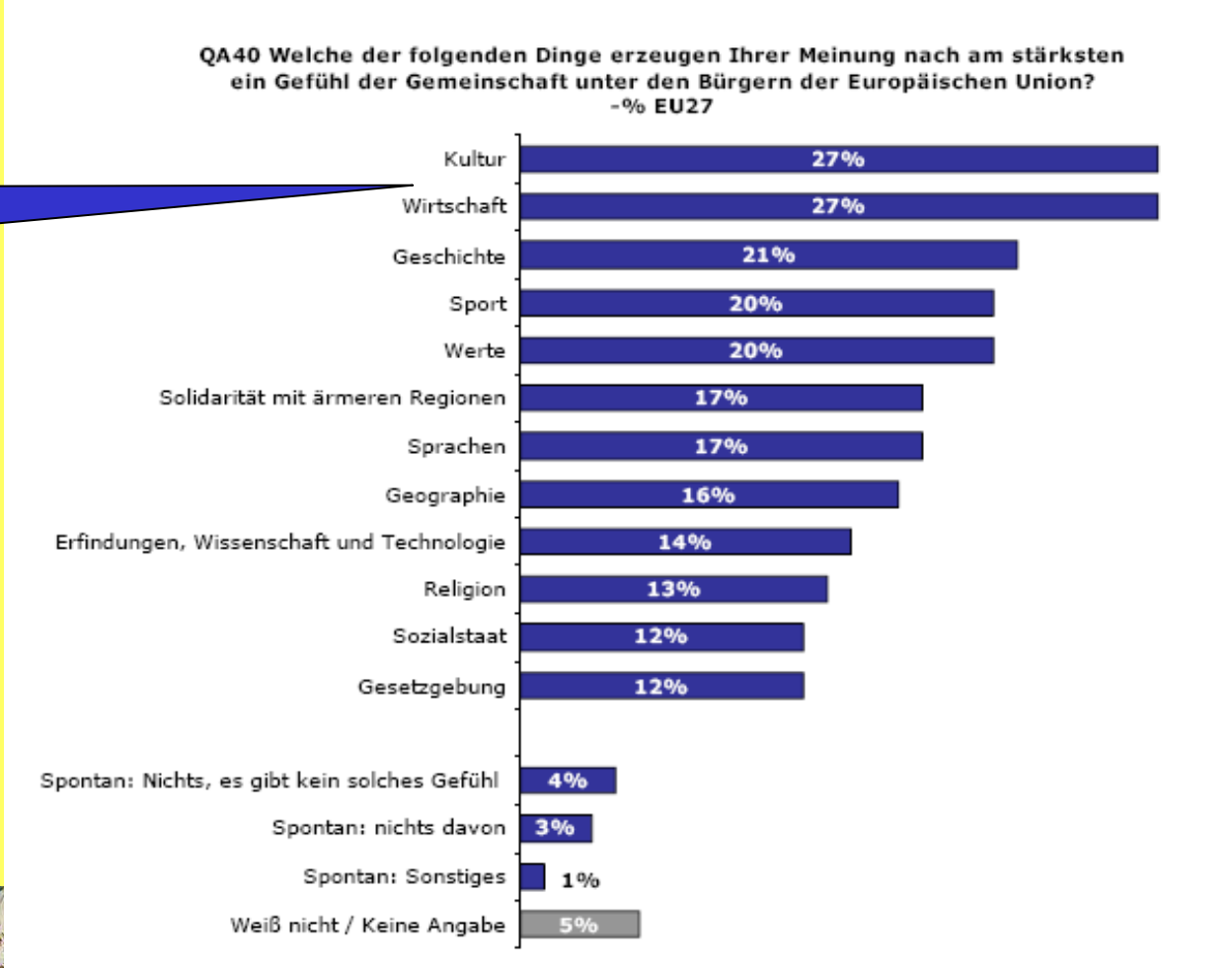
Eurobarometer - Umfrage 2006 zur Zukunft Europas

QA21. Welche beiden der folgenden Dinge sind Ihrer Meinung nach am besten geeignet, um sicherzustellen, dass die eigene Stimme von den Entscheidungsträgern gehört wird?

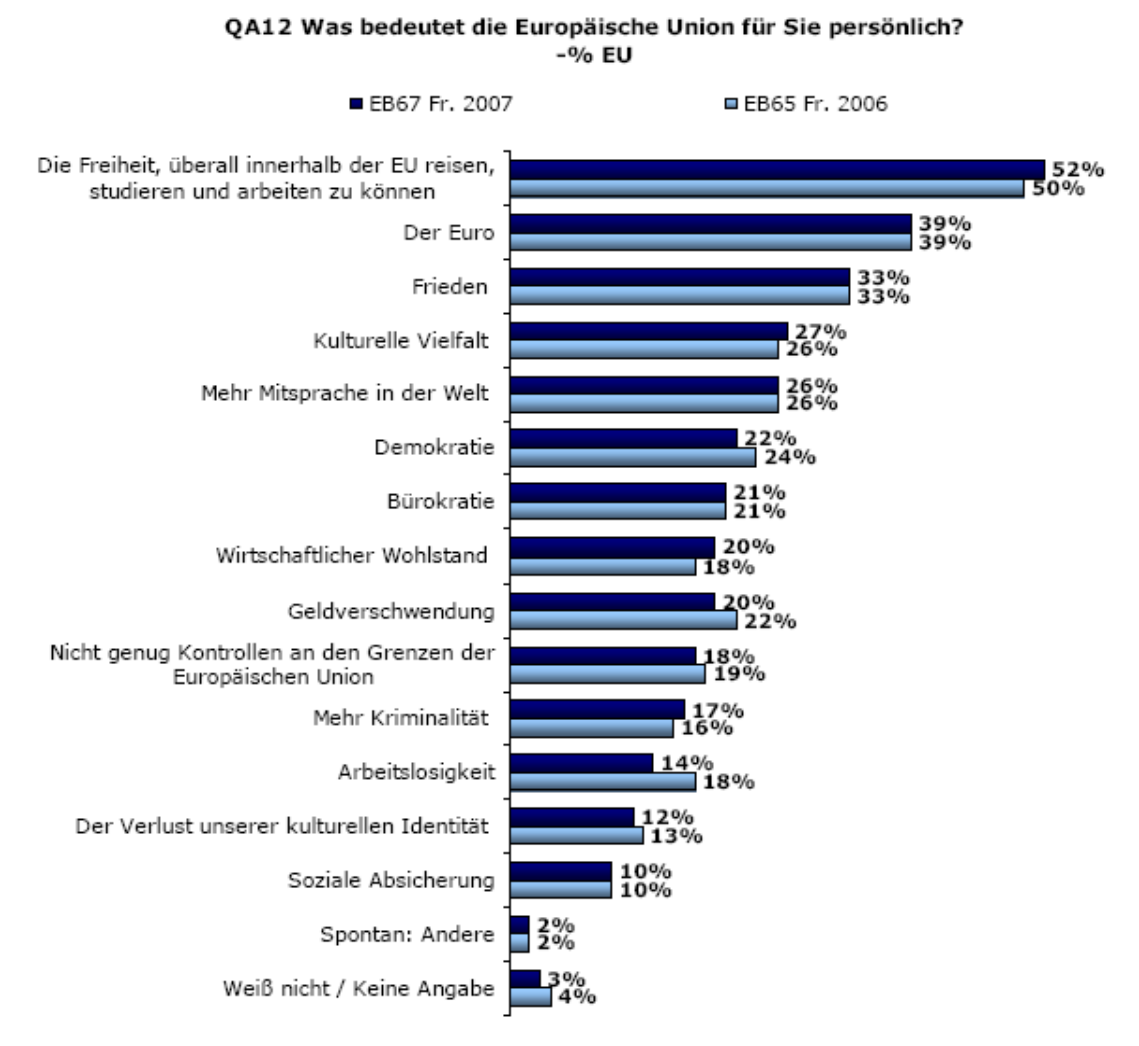


Eurobarometer 67 – 2007: Europagefühl

Kultur und Wirtschaft dominieren!!



Eurobarometer 67 – 2007



EU-Erweiterung als Herausforderung für das 21. Jahrhundert

dossier

N° 5
Frühjahr 2004

Themenspezifisches Dossier der Versammlung der Regionen Europas

Das erweiterte Europa

Erste Priorität: ein Europa der Bürger aufbauen

DIE ERWEITERUNG IST EINE HERAUSFORDERUNG FÜR DAS 21. JH. IHR ERFOLG HÄNGT DAVON AB, OB ES UNS GELINGT, DIE BEVÖLKERUNG FÜR DAS GEMEINSCHAFTSPROJEKT ZU GEWINNEN, DIE DEMOKRATISCHEN PROZESSE DAUERHAFT ZU VERANKERN, DIE LOKALE ENTWICKLUNG IM ZEITALTER DER GLOBALISIERUNG ANZUKURBELN UND DIE KREATIVITÄT DER JUNGEN GENERATIONEN FÜR ZUKUNFTSWEISENDE POLITISCHE VORHABEN ZU MOBILISIEREN.

Bürokratieabbau: Maßnahme für mehr Bürgernähe und mehr....!!!

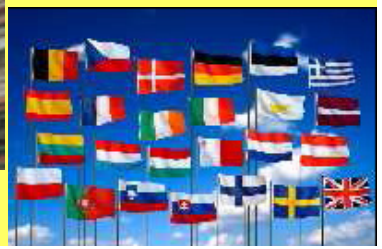
Ehrgeiziges Ziel der EU: Bürokratieabbau

Erhöhung des BIP der EU um 1,5 % durch Senkung des Verwaltungsaufwands um 25 %

!!!

!!!

Die Europäische Kommission hat am 14. November 1986 einen Vorschlag mit dem Ziel vorgelegt, gemeinsam mit den Mitgliedstaaten den Verwaltungsaufwand für die Unternehmen bis 2012 um 25 % zu senken. Dies könnte zu einer Erhöhung des BIP der EU um schätzungsweise 1,5 % – ca. 150 Milliarden € - und somit zu wesentlich höheren Investitionen für Wachstum und Beschäftigung führen.



Belgiens MP Guy Verhofstadt über die Identitätskrise der EU (2001)

Folge einer Identitätskrise, von der die Europäische Union derzeit erfasst ist. Zwischen der Europäischen Union und ihren Bürgern besteht eine Kluft, die sich seit Maastricht nicht verringert hat. Wie es übrigens auch häufig eine Kluft zwischen den Bürgern und ihren nationalen Regierungen gibt. Wie dem auch sei, die Bürger stellen sich immer mehr Fragen angesichts eines Europas, dem sie mangelnde Transparenz, einen übertriebenen Hang zur Regulierung, die unklare Abgrenzung seiner Befugnisse und unzureichende demokratische Legitimität vorwerfen. Besonders fraglich erscheint dem Bürger ein Europa, das sich nicht darauf beschränkt, den allgemeinen Rahmen und die großen Linien vorzugeben, sondern auch noch die kleinsten Details der praktischen Umsetzung jeder einzelnen Richtlinie und jedes einzelnen Aktionsprogramms regeln will.